permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3409

Nummer 19/2o / Juli/August 1978 / Preis: S 8. -

Freiheit für Rudolf Bahro!

Rudolf Bahro wurde Anfang Juli zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Prozess gegen ihn erfolgte unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Urteil wurde mit angeblichen 'Hochverrat' und mit 'Spionage' begründet und erinnert



an die Moskauer Prozesse der Dreissiger-Jahre. Keine Begründung war zu absurd, kein Vorwurf zu lächerlich, um nicht erhoben zu werden. Der Schönheitsfehler gegenüber den 'historischen Vorbildern': Ein 'Geständnis'Bahros fehlt, offensichtlich konnte die stalinistische Bürokratie den Genossen weder physisch noch psychisch brechen.

Dafür deutet einiges darauf hin, dass die Bürokratie bei diesem Akt brutaler und offener politischer Unterdrückung unsicherer war als sonst. Besteht doch das 'Verbrechen' Bahros darin, sich bewusst in die Tradition des Marxismus gestellt zu haben, und von diesem Standpunkt aus, in seinem Buch 'Die Alternative' das wirkliche Gesicht des'realen Sozialismus' zu zeigen. Als SED-Mitglied und leitender Wirtschaftsfunktionär erlebte Bahro täglich die bürokratische Willkür, die politische Unterdrückung der Werktätigen und die ständige Fälschung der Planziffern. Für ihn waren die Schriften Marxens, Engels und Lenins keine Ansammlung von Zitaten, aus denen man sich einige herausnimmt, um diesen oder jenen Unsinn 'theoretisch' zu untermauern. Die Aussagen der Klassiker des Marxismus hatten für ihn unmittelbare Aktualität. Im Gegensatz zu vielen anderen linken Kritikern mass er die Wirklichkeit des 'realen Sozialismus' nicht unter einem moralischen Postulat, um dann festzustellen, dass diese Gesellschaft abzulehnen ist. Er versuchte, die inneren Gesetzmässigkeiten dieser nicht-kapitalistischen Gesellschaften zu begreifen.

Wenn man sich die stumpfsinnige, geistig tote Atmosphäre, die ständige Gefahr der Illegalität, die mit dieser Arbeit verbunden war und die Unmöglichkeit für Bahro, seine Thesen ausreichend mit anderen Genosse zu diskutieren vor Augen

Fortsetzung auf Seite I2

LKW-BLOCKADE: Reaktionäre Stoßrichtung!

"Diese Strassenblockaden sind keine organisierte Demonstration, sondern Spontanaktionen von völlig zu Recht empörten Lkw-Fahrern und Frächtern - provoziert von der Bundesregierung " überschlugen sich in den vergangenen Tagen ÖVP und Bundeswirtschaftskammer. Am 11. Jänner begann es aber ganz und gar nicht "spontan". Die Handelskammer von Tirol verschickte einen Fragebogen an die Fachgruppe für das Güterbeförderungsgewerbe und fragte darin, wie weit ihre Mitglieder bereit wären "für den Fall, dass die Bundesregierung von dem derzeitigen existenzbedrohenden Steuerplan nicht Abstand nimmt", ihren Betrieb "eine Woche stillzulegen." Am 7. Juli - schon während des



Fortsetzung auf Seite 3

INHALT

Zur Entwicklung der 'Diskussions-initiative 2
Spendenkampagne........ 5
AKW-Volksabstimmung........ 6
Protest gegen Stammheim - Geldstrafe........ 7
Antifaschistischer Kampf in Wien und Frankfurt........ 8
KPÖ-Betriebszeitung gegen 'Klassenfront'........ Io
Bahros Echo........ 13
NATO raus aus Afrika!........ 15
Die SOAK zum Nahen Osten........ 17
Interview mit K. H. Roth (2. Teil)........ 2o
"Zielfahndung" in Bulgarien........ 21
KB-Buch beschlagnahmt........ 23

Zur Entwicklung der „Diskussionsinitiative"

Nach zwei erschienenen Bulletins der 'Diskussionsinitiative' und einer öffentlichen Veranstaltung (die leider schlecht vorbereitet und daher auch schlecht besucht war), kann ohne Zweifel eine gewisse Zwischenbilanz gezogen werden.

Zuerst ist auffallend, dass der Anspruch, den Rahmen der Organisationen zu überschreiten, nicht erfüllt werden konnte. In den Bulletins erschienen allein Beiträge von Mitgliedern der beteiligten Organisationen und auf der Veranstaltung (zum Thema 'Funktion und Charakter der Sozialdemokratie') meldeten sich keine unorganisierten Genossinnen und Genossen zu Wort.

Die 'Diskussionsinitiative' war von Anfang an durch das Bemühen der GRM geprägt, ihre Diskussion zur 'Nationalen Delegierten-Konferenz' einzubringen und dieser eine breitere Öffentlichkeit zu verschaffen. Das erste Bulletin war auch 'gezeichnet' durch einen Wälzer des GRM-Genossen Löw, der völlig ungeeignet war, eine Diskussion anzuregen. Tatsächlich wurden viele Positionen dieses Papiers nicht argumentiert (AKW-Bewegung, Frauenfrage), sondern einfach nur hingeworfen. Die Abgehobenheit der Diskussion kann durch solche Beiträge natürlich nicht positiv aufgehoben werden, im Gegenteil.

Die Diskussion bewegte sich bis jetzt vor allem auf zwei Ebenen. Zum ersten die von Genossen der SOAK eingebrachten Papiere zur Organisationsfrage und zum zweiten die von der 'neuen Orientierung' der GRM ausgehenden Fragen des Charakters und der Funktion der Sozialdemokratie und der Perspektiven des Klassenkampfes in Österreich.

Bietet natürlich das erste Thema einige durchaus interessante Aspekte, so ist die Frage der Sozialdemokratie und der notwendigen Politik ihr gegenüber wesentlicher für die Aufgaben revolutionärer Politik. Wir glauben, dass es notwendig ist, sich auf einige Punkte zu beschränken, die abgegebenen Standpunkte klarer und kürzer zu gestalten und die geäusserten Inhalte auch tatsächlich zu entwickeln. Im Falle der ersten beiden Bulletins, drängt sich der Verdacht auf, dass GRM und RMF das Projekt haben, ein fehlendes theoretisches Organ der GRM durch die Bulletins zu ersetzen. Sowohl der Beitrag der RMF zur 'IV. Internationale' (in dem der umfassende Standpunkt knapp dargestellt, aber nicht entwickelt wird), als auch das schon erwähnte "Perspektiv-Papier" des Gen. Löw deuten in diese Richtung. Das Diskussionsbulletin kann aber keine 'Programmatische Erklärung' in Raten abgeben. Würde sich dieser Weg fortsetzen, sollte man aufhören, von einer 'Diskussionsinitiative' zu sprechen.

Wir haben allein aus praktischen Gründen (kurzfristig dringendere Aufgaben) keinen Artikel für das 2. Bulletin hergestellt, wollen uns aber in Zukunft stärker an der 'Diskussionsinitiative' beteiligen und sind auch bereit, ein Mitglied der Redaktion zu stellen, sowie allfällige praktische Aufgaben mitzutragen.

Wir können den Standpunkt der SOAK (Juni-Ausgabe der 'Sozialistischen Aktion') voll und ganz unterstützen. Dies betrifft die Argumentation der Genossen gegen einen "Wettlauf" der Diskussion (von GRM und RMF wird auf eine häufigere Herausgabe der Bulletins gedrängt), ebenso wie die regelmässige Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen (dies war von Anfang an unser Vorschlag), die zu einem gut vorbereiteten Thema stattfinden sollten.

Die Diskussion sollte aber nicht allein zu "grundsätzlichen Fragen" geführt werden, sondern auch aktuelle Themen einbeziehen, die von gravierender Bedeutung für die internationalen Klassenkämpfe sind. In diesem Sinne halten wir den Vorschlag der SOAK für richtig, auch in den Spalten der Zeitungen der Organisationen zu diskutieren. Wir haben diesen Vorschlag aufgegriffen und bringen in dieser Ausgabe der 'permanenten revolution' einen Artikel, der sich auf die "Perspektiven" der SOAK für den Nahen Osten bezieht. Ohne Zweifel, könnte eine solche Diskussion zu aktuellen Fragen - die ohnehin immer die Verbindung zum Grundsätzlichen herstellen muss - die gesamte 'Diskussionsinitiative' beleben.

Im wesentlichen hat sich unser Standpunkt zu derartigen Projekten nicht geändert. Wir begrüssen weiter jeden Vorschlag, der eine inhaltliche Diskussion und Auseinandersetzung zwischen den Gruppen des sogenannten 'antireformistischen und antistalinistischen' Lagers fördert und lehnen dabei jede organisatorische Mauschelei, sowie grosse Töne ("programmatische Übereinstimmung") ab. Bedauerlich ist, dass die FÖJ bis jetzt noch nicht in die Diskussion eingegriffen hat, sondern nur in einer halbinternen Aussendung auf die 'Diskussionsinitiative' eingegangen ist. Bedauerlich deswegen, weil die Standpunkte, die von der FÖJ vertreten werden, durchaus geeignet sein könnten, die Diskussion zu beleben. So vertritt einer ihrer Genossen den Standpunkt, dass eine Rückkehr der KPÖ zu den Beschlüssen des I9. Parteitages dieser Partei (er nennt diesen Parteitag "euro-kommunistisch"), positiv für die Politik der KPÖ wäre. Wie immer man zu dieser Aussage stehen mag, ohne Frage würde ihre genaue Behandlung und Diskusssion wertvoll sein, wie überhaupt eine Diskussion zum Thema "Euro-Kommunismus".

Wenn die 'Diskussionsinitiative' sich weiter entwickelt, tatsächlich offen und breit wird und man nicht mehr vor den Augen der GRM "programmatisch angenähert" sein muss (mit den Kommentaren der unvermeidlichen RMF aus dem Hintergrund), wenn FÖJ und unorganisierte Genossinnen und Genossen an der Diskussion teilnehmen, die Artikel präziser und weniger abstrakt werden, kann die 'Diskussionsinitiative' zu einer positiven Entwicklung der extremen Linken führen, bzw. dazu beitragen.

ERSTE PRAKTISCHE "ERFOLGE"

Wir hatten kaum Einsicht, was só alles im Zusammenhang mit der 'Diskussionsinitiative' ablief und besonders aufregend dürfte es ohnehin nicht gewesen sein. Bemerkenswert war aber immerhin, dass die GRM ihre 'Sympathisantentreffen' zu Treffen der 'Diskussionsinitiative' umfunktionieren wollte (zu solchen Treffen kann sie natürlich einladen, wem immer sie will). was aber am berechtigten Einwand der SOAK gescheitert sein dürfte.

Ausserdem gab es Gerüchte (bzw. auch einen Artikel der "Marxistischen Gruppe Wien"), über ein internes Papier der GRM, in dem angeblich die "Etappen" beschrieben wurden, in denen man die "Partner" schlucken wollte...
Was immer an diesen Gerüchten stimmen sollte, klar ist, dass derartige "Politik" der Diskussion schweren Schaden zufügen.

Einen ersten praktischen "Erfolg" gab es aber auch schon. Die GRM "fusionierte" mit Teilen (?) des linken VSStÖ. Über diese Genossen gibt es wenig zu sagen. Der linke VSStÖ äusserte sich dermassen wenig und ungenügend zu politischen Fragen, dass eine Bewertung dieser "Fusion" nicht möglich ist. Wir wissen nur, dass sich die Genossen "zum Trotzkismus entwickelt haben"... Das ist doch schön...

Im Diskussionsbulletin Nr. 2 ist auch ein Briefwechsel zwischen einem dieser Genossen und einem Salzburger VSStÖ-Mitglied enthalten, welches noch nicht den 'dornigen Pfad' des "Trotzkismus" beschritten hat, enthalten. Abgesehen davon, dass den beiden Genossen zu empfehlen ist, ihren Briefwechsel in Zukunft in Privatbulletins zu 'veröffentlichen', ist die herzerfrischende, undogmatische Art und Weise, in der Genosse M. den Weg "zum Trotzkismus" beschritten hat, bemerkenswert. Er - so schreibt er - fühle sich nicht für das "verantwortlich", was der "alte Leo" in Kronstadt gemacht habe...

Was hätte M. In Kronstadt gemacht? Vermutlich Fische gefüttert. Wie schreibt er doch präzise in seinem Brief? "Ich glaube, ich habe mich etwas verrant"...

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.
Einzelpreis: S 3.-
Abonnements: I2 Ausgaben S 4o.-
Bestellungen und Kontaktadresse:
IKL, Postfach I454, Iolo Wien.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter, Klimschg. I8/6, Io3o Wien.

Fortsetzung von Seite I

LKW- BLOCKADE...

Lkw-'Krieges' - versandte die Kärntner Handelskammer Pläne für eine "totale Blockade". Durch ein Missgeschick gelangte das Schreiben nicht an die Handels-, sondern an die Arbeiterkammer Klagenfurt, die es schliesslich veröffentlichte.
Die Fäden der Blockadeinitiatoren reichen direkt in die Bundeswirtschaftskammer. Koordiniert wurden viele der Aktionen vom "Bundesverband Österreichischer Frächter" (BÖF) unter der Leitung des Fruchttransporteurs Posch. "Der private Poschverein kooperiert aufs engste mit dem Steinhauser-Verein ("Gemeinschaft Freier Selbständiger" -pr) ... als die Frächter Donnerstag im Wiener Cafe Landmann ihre Situation besprechen, führen wieder Steinhauser und Posch gemeinsam den Vorsitz." ('profil', Nr. 28/1978)

Und zu Steinhauser (übrigens schreibt Dr. Karl Steinhauser auch in den "Politischen Briefen", einem erzreaktionären Magazin am rechten Flügel der ÖVP -pr) unterhält die Bundeswirtschaftskammer immer schon "gute Kontakte und eine seriöse Zusammenarbeit ... in der Zielsetzung stimmen wir mit ihm überein, ich wünsche ihm viel Erfolg", liess noch vor kurzem der Pressesprecher der Bundeswirtschaftskammer Steinacker verlauten.

An den Grenzen zeigten sich ebenfalls die wirklichen 'Macher': Die Durchhalteparolen und die finanzielle Unterstützung kamen von einigen wenigen, die sich die Blockade leisten konnten. Am Walserberg waren es "vor allem vier Salzburger Transportunternehmer, die die Fahrer bei Laune halten: Tiefgrabner, Rheddey, Leitner&Co und Augustin.
Das Organisationskomitee der Frächter erhielt sogar Spenden wie von der Firma Steinhäger und Spedition Walter (je 10000 Schilling) sowie Gratisverköstigungsangebote und ermutigende Unternehmertelegramme."(ebenda)

Fazit: In Gang gebracht und dann, als die Begeisterung der kleinen Frächter und Fahrer abflachte, in Gang gehalten, wurde die Blockade von Grossunternehmern, deren Beziehungen bis in die kapitalistischen Kammern hineinreichen!

DIE LKW-STEUER

Die Pläne für eine Besteuerung der Lkw-Transporte in Österreich hatte es schon in der Grossen Koalition gegeben. Alle drei Parlamentsparteien traten damals für eine Transitsteuer für ausländische Frächter ein.
All das muss im grösseren Zusammenhang der kapitalistischen Verkehrspolitik in Österreich gesehen werden. Mit der chronischen Benachteiligung des öffentlichen Verkehrs, z.B. der Eisenbahnen, den vielfältigen Abschreibungsmöglichkeiten für die privaten Unternehmen ua. wurde der Gütertransport auf der Strasse ungemein gefördert. Die steuerlichen Abgaben für Lkws lagen bis zum 1. Jänner 1978 weit unter dem europäischen Durchschnitt: bei S 3 600.- pro Jahr und Lkw (bei 24 Nettotonnen Höchstgewicht) - BRD: S 67 250.-) Damit stieg auch der Aufwand für das österreichische Strassenwesen, für Erhaltung und Ausbau des Strassennetzes.

Österreichs Frächterwesen ist geprägt durch seine schwache Konzentration. Ganz wenigen grossen Unternehmen, denen der Sprung zum Spediteur gelungen ist, stehen rund zwei Dutzend Frächter gegenüber, die an die 20 Lkws führen. Der Grossteil besteht aus Kleinunternehmen mit einem oder zwei Lastkraftwagen. Gerade die sozialdemokratische Subventionierungspolitik steigerte den Konkurrenzkampf im Transportgewerbe. Die von ihr gewährten Steuererleichterungen liessen den Lkw-Bestand immens anschnellen. Im Kampf um die Aufträge von den Speditionen und Firmen unterbieten sich die kleinen Frächter bis an und unter die Rentabilitätsgrenze. Diese grosszügigen Abschreibemöglichkeiten nützten noch dazu viele Firmen dafür, eigene Lastkraftwagen anzuschaffen und auf den Dienst der Frächterunternehmen -zumindest im Stadtverkehr - zu verzichten. Als die kleinen Frächter dann begannen, auf den Fernverkehr auszuweichen, stiessen sie erst recht auf die Konkurrenz der 'Grossen' im internationalen Geschäft.

Das SP-'Massnahmenpaket', mit dem die Regierung auf die gewaltig gestiegene Staatsverschuldung reagierte, beinhaltete auch die Anhebung der Lkw-Steuer. Zur Transitabgabe für ausländische Transportunternehmen kam nun eine starke Erhöhung der Lkw-Steuer auf S 57.600.- für Inländer hinzu.

Gekoppelt war das 'Paket' mit der Auflage, dass den österreichischen Frächtern alle Verluste durch Tariferhöhungen im Ausland - wegen eventueller Vergeltungsmassnahmen auf die Transitsteuer - zurückerstattet würden. Von allem Anfang war es zudem klar, dass die Unternehmer alle (wirklichen und erfundenen) Einbussen auf die Preise, d.h. schliesslich auf die Rücken der arbeitenden Massen überwälzen könnten. Bundeskammersprecher Friedrich kündigte bereits an, dass sich die Paritätische Kommission "in absehbarer Zeit mit dem Nahverkehrstarif" befassen werde. Schon in den Vorverhandlungsrunden zwischen Androsch und Sallinger, in den ersten Tagen der Blockade, konkretisierte sich das Entgegenkommen der Regierung darauf, dass von den 4,5 Milliarden, die sie von der Steuer erwartet hatte, bloss zwei übrigbleiben würden. Es wäre nicht überraschend, wenn nach dem 15. September - das ist der Termin der nächsten Verhandlungen - die Einnahmen noch mehr zusammenschmelzen.

DIE POSITIVEN ASPEKTE DER LKW-STEUER KOMMEN NICHT ZUM ZUGE

Es kann nicht die Sorge von Kommunisten sein, dem 'Gesamtkapitalisten' Staat Ratschläge zu erteilen, wie er sein Budget finanzieren soll. Seine Hauptfunktion dabei ist und bleibt die Umwälzung der Budgetlasten auf die ausgebeuteten Massen. Er gibt der Bourgeoisie alle Mittel in die Hand, die direkten und indirekten Steuern auf die Massen abzuwälzen. Auch unter der SP-Regierung erhöhten sich die Massensteuern im Verhältnis zur Besteuerung des Kapitals sehr stark.(siehe 'permanente revolution', Nr.12, "Wer bezahlt die Krise?")

Unsere Stossrichtung gegen diese Ausbeutungspolitik ist heute der Lohnkampf und der Kampf gegen die Massensteuern. Dennoch sprechen wir uns an sich nicht dagegen aus, wenn die SPÖ-Regierung die direkte Steuer für die Frächterkapitalisten erhöht. Allerdings haben die 'flankierenden Massnahmen' ihre positiven Aspekte schon wieder zunichte gemacht.
Die Hauptauswirkung des SP-'Massnahmenpaketes', in dessen Zusammenhang die Lkw-Steuer eingehoben wird, ist geprägt durch eine Mehrbelastung der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Massen. Ganz in diesem Sinne hat sich die SPÖ schliesslich bei der Lkw-Steuer



den Kapitalisten gegenüber überaus entgegenkommend verhalten. Die Steuer liegt selbst in ihrer ursprünglich vorgesehenen Form unter dem europäischen Spitzenniveau - noch hinter Dänemark und der BRD und ist für die Grossfrächter und Spediteure leicht zu 'verdauen'.

Die Übereinstimmung der Sozialdemokratie mit den kapitalistischen Interessen zeigte sich jedoch am deutlichsten in ihrer Einwilligung zur Überwälzung der Unternehmer'verluste' auf die Preise!

SP-POLITIK GEGEN DIE KLEINUNTERNEHMEN

Völlig im Einklang mit der bisherigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik richtet sich die Schwere der Lkw-Steuer nicht gegen die Grossunternehmen, sondern notgedrungen gegen die Masse der kleinen Frächter. Die finanzstarken Transportkapitalisten verfügen über bessere Kreditbedingungen, bessere Beziehungen und Möglichkeiten, zusätzliche Belastungen 'abzubiegen' und trotzdem konkurrenzfähig zu bleiben, während den kleinen Familienunternehmen der Bankrott droht.

Einmal mehr bewies sich sozialdemokratische Politik als Politik für die starken Kapitalfraktionen, denen das Ausscheiden der Kleinkapitalisten nicht unangenehm ist. Die SP-Vorgangsweise hat auch in dieser Frage nichts mit sozialistischer Politik gemeinsam. Kommunisten müssten im Gegenteil den Schlag gegen die grossen Unternehmen führen, die die kleinen erdrosseln. Dazu ist die SPÖ durch ihre Verbundenheit mit der Grossbourgeoisie nicht imstande. Sie ist nicht einmal in der Lage, eine progressive Lkw-Steuer einzuführen, die die Grossunternehmen stärker belastet als die kleinen Frächter.

Jede wirkliche sozialistische Politik müsste auf die Zentralisierung des Bankenwesens abzielen und auf die Verstaatlichung der grossen Industrie- und Transportgesellschaften unter Arbeiterkontrolle! Eine solche geplante Wirtschaft würde es erlauben, den Kleinproduzenten zu Hilfe zu kommen, ihnen direkte Aufträge zu erteilen, günstigere Kreditbedingungen zu gewähren usw. - und sie an das, die Wirtschaft kontrollierende, Proletariat binden.
Sozialdemokratische Politik hingegen hat auch dieses Mal geheissen, Kleinbürger, Kleinunternehmer und Transportarbeiter auf die Seite der Grossbourgeoisie zu drängen.

Im Ansatz hat sich am Walserberg, am Brenner, in Drasenhofen usw. eine Entwicklung gezeigt, die in Österreich in den nächsten Jahren stärker zum Vorschein kommen wird. Die kapitalistische Wirtschaftskrise trifft bestimmte kleinbürgerliche Schichten als erstes und am vehementesten. Belastungen für sie bedrohen oft unmittelbar ihre Existenz als kleinbürgerliche Produzenten, was sie schon heute derart unzufrieden und radikal macht.
Die SPÖ trägt hierfür die Regierungsverantwortung. All der Unmut mit Bürokratie, 'Amtsschimmel' und Steuerschraube, der während der Blockade hochgekommen war, richtete sich in erster Linie gegen sie - mit ihrer Hegemonie über das österreichische Industrieproletariat perspektivisch gesehen aber auch gegen die Arbeiter. Die Grossbourgeoisie beginnt nun auch in Österreich ein zweites Eisen im Feuer zu schmieden (neben der Sozialdemokratie): die reaktionäre Mobilisierung der kleinbürgerlichen Massen gegen das Proletariat. Die demagogische Politik von ÖVP und FPÖ wies genau in diese Richtung. Sie wettern gegen die Transitsteuer, die sie bis vor kurzem noch voll gefordert hatten.

DIE INTERESSEN DER TRANSPORT-ARBEITER

"Wenngleich es auch derzeit so ist, dass die Frachtkapitalisten den Kampf für sich ausnützen wollen, so sind die Forderungen der Fahrer dennoch durch und durch gerecht: Schluss mit den Schikanen der Behörden! Aufstockung des Zollpersonals!" ('Klassenkampf'. Nr. 14/1978)

Es wundert nicht, dass im Artikel des KBÖ jede Information über die Machenschaften der Bundeswirtschaftskammer, der Handelskammern, des BÖF ua. fehlt. Stattdessen will er mit der "SP-Regierung" beweisen, die "versucht, die ganze Bewegung als Angelegenheit der grossen Frachtfirmen darzustellen, um ihren Profit zu verteidigen." (ebenda) "So ist das nicht!"(?)

Zwar haben die protestierenden Lkw-Fahrer ihre speziellen Forderungen in der Blockade eingebracht - die wirklichen Initiatoren und deren Interessen gingen aber weit über den Fahrerkreis hinaus. Bei den Verhandlungen in Wien gaben die Grossfrächter den Ton an, und denen ging es kaum um die gestiegene Arbeitsintensität für die Chauffeure. Hauptinhalte der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Frächtern waren die Lkw-Steuer, ihre Absetzung und zuletzt ihre Modifizierung. Ganz im Gegensatz zur Einschätzung des KBÖ verblieben die Fahrer im 'gemeinsamen Boot' mit den Frächterkapitalisten. Ihren Gegner erkannten sie ausschliesslich in der SP-Regierung und nicht im Unternehmer auch, der ihnen einredete, mit der Lkw-Steuer stünde ihr Arbeitsplatz auf dem Spiel. Er wird es dafür ausnützen, die Lkw-Fahrer zu noch mehr Arbeitshetze zu drängen.

Das ist der Hintergrund der Losung der Lkw-Fahrer: "Lösung der Existenzfrage!" - die 'Partnerschaft' mit den Frachtkapitalisten!

Wenn Fahrer und Frächter gemeinsame Vertretungen wählen, die unabhängig von der Handelskammer die Verhandlungen führen, wenn also Ansätze zu gelben Gewerkschaften entstehen, spricht der KBÖ von "wichtigen Schritten", die "die Fernfahrer der Salzburger Blockade" setzen. Das Ende der Blockade widerlegt die maoistische Sicht!

Dieses Ende liegt genau in den Konsequenzen der Zusammenarbeit mit Kapitalisten. Sallinger & Co waren mit den Verhandlungsergebnissen vollauf zufrieden. Dies und die Rücksichten auf das wirtschaftliche Wohl des kapitalistischen Österreich - der Beginn der 'zweiten Touristenwelle' zu Beginn der zweiten Juliwoche stand vor der Tür - liessen schliesslich die kapitalistischen Initiatoren die Blockade abbrechen. Damit zogen sie auch ihre Unterstützung der Fahrer und die Organisation des Lkw-'Krieges' zurück. Übrig blieben die Fernfahrer, deren sich die 'feinen' Herren so grossartig bedient hatten, um ihre Geschäfte abzuwickeln. Für die Fahrer stellte sich nachher wirklich die Frage, wofür sie die Beschwernisse und Mühen auf sich genommen hatten. Jedenfalls nicht für sich! Der Formularmurks wurde bislang kaum eingedämmt, die verlängerten Wartezeiten an den Grenzen bleiben im Grossen und Ganzen aufrecht. Und vor allem: die miesen Arbeitsbedingungen, die seit jeher die Fernfahrer ruinieren, bleiben gleichfalls. Ihre Hungerlöhne - gekoppelt an ein Akkordsystem - treiben sie dazu, die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten um ein Vielfaches zu überschreiten, wodurch Arbeitswochen mit bis zu 110 Arbeitsstunden zustande kommen. Fahrer, die sich weigern, Gewalttouren zu fahren, werden oft genug brutal entlassen.

KRÄFTIGE LOHNERHÖHUNGEN! WEG MIT DER ARBEITSHETZE, NORMALER ARBEITSTAG!... das sind die Interessen der Transportarbeiter! Ihnen völlig entgegengesetzt stehen die Profitinteressen der Frächterkapitalisten!

Für letztere hatten sie die Blockade durchgeführt - und selber eine deprimierende Niederlage erlitten. Wäre es nicht naive Volkstümelei der Maoisten, müssten wir den Titel im letzten 'Klassenkampf' als Verrat kennzeichnen: "Der Kampf der Fernfahrer ist völlig gerecht!"

Wir halten dem das marxistische Prinzip der Arbeiterbewegung entgegen: Organisierung der Arbeiter, unabhängig von der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum!
Nur der konsequente Kampf der Fernfahrer gegen die Frächterkapitalisten kann ihre Lage wirklich verbessern und ihren Kampf gegen die SP-Regierung auf eine realistische Grundlage stellen. Schnell könnten sie so erkennen, wie eng Regierung, Handelskammer und Frächter kooperieren.

Es kann auch nicht darum gehen, die Arbeiterinteressen den Konkurrenzbedürfnissen der kleinen Frächter unterzuordnen. Das Proletariat darf und kann nicht seinen Lebensstandard den Interessen jener Kapitalisten anpassen, die ihrem eigenen System zum Opfer fallen.

Die gewerkschaftliche Organisierung der Transportarbeiter in den Gross- und Kleinbetrieben ist notwendig. Der Ausbeutung und drohenden Arbeitslosigkeit - gerade in den kleinen Frächterunternehmen - müsste die Front aller Transportarbeiter entgegengestellt werden: Komitees der Arbeiter, die den Kampf organisieren, ihn in die Gewerkschaft hineintragen, gegen den Lohnraub, gegen das Prämien(hetz)system und die gegen die Arbeitslosigkeit schliesslich die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände einleiten. Nach einem Plan, der das gesamte Transportgewerbe erfasst, könnten diese Komitees dafür sorgen, dass bei Verkürzung der Arbeitszeit und Verminderung der Arbeitshetze ohne Lohnverlust alle entlassenen Transportarbeiter wieder in die Produktion eingegliedert werden.

GLEITENDE SKALA DER LÖHNE UND DER ARBEITSZEIT!

DIE KPÖ - ÜBER "SCHULDLOSE URLAUBER" UND DEN FREMDENVERKEHR

Die Arbeiterinteressen als ausschliesslicher Ausgangspunkt einer Kritik an der

Lkw-Blockade - dieser Gedanke fehlt bei der KPÖ. Zwar erkannte sie die reaktionäre Stossrichtung und die Sackgasse, in die die Fahrer 'steuerten', die Begründungen, die sie aber dazu lieferte, sind reinster österreichischer Nationalismus. Massstab ihrer Überlegungen sind "schuldlose Urlauber" und der österreichische Fremdenverkehr. Für die Fernfahrer wäre es ihrer Meinung nach "keine Lösung ... schuldlose Urlauber zum Handkuss kommen zu lassen." ('Volksstimme', 5. Juli 1978) und, obwohl die Transportunternehmer "sonst stets so tun, als ob sie nur um das Wohl der Wirtschaft besorgt wären, fügen (sie) dieser, und hier vor allem dem Fremdenverkehr, dem grossen Devisenbringer(!), schweren Schaden zu." ('Volksstimme', 7. Juli 1978)

An sich nichts Neues: Die KPÖ sorgt sich um die österreichischen Fremdenverkehrskapitalisten, was zum offenen Streikbruch auswachsen müsste, würden die Lkw-Fahrer in einer eigenständigen Aktion für ihre Interessen mit den gleichen Mitteln der Blockade streiken. Wieder wären 'schuldlose' Urlauber und der österreichische Fremdenverkehr betroffen und trotzdem müssten Kommunisten diesen Streik voll unterstützen! Diese Logik vermisst man allerdings in den 'Volksstimme'-Artikeln!

Eine Anleitung für ihren Kampf finden die Fernfahrer bei der KPÖ ebenfalls nicht. Es ist ziemlich dürftig, wenn ihnen Ernest Hauer rät, dass sie sich ihre Sache mit den Unternehmern auszumachen haben ('Volksstimme', 5. Juli) und Eva Priester der SP-Gewerkschaft die alleinige Verantwortung für den Pakt der Fernfahrer mit den Kapitalisten gibt ('Volksstimme', 7. Juli). Bleiben da doch die Fragen unbeantwortet, was denn die KPÖ und ihr 'Linksblock' bisher für die Lkw-Fahrer gemacht haben?

DER ZYNISMUS DER 'ARBEITERZEITUNG'

Den Gedanken der Unversöhnlichkeit gegenüber den Kapitalisteninteressen mussten Kommunisten während der Blockade in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellen. Dass das Verhalten der Fernfahrer aber genau in die andere Richtung, auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmern, hinauslief, erklärt sich zum einen aus der Struktur des Frächtergewerbes in Österreich, den dortigen Arbeitsbedingungen und andererseits aus der SP-dominierten Gewerkschaftspolitik.

Die kleinbetriebliche Struktur führt zu einem Verwischen der Klassengegensätze zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Der 'Chef' arbeitet meistens selber voll mit, diefinanzielleSchwäche des Betriebes wird den Fahrern täglich vor Augen geführt.

Bei ihrer Arbeit sind sie von ihren Kollegen isoliert, sie treffen einander seltener und haben von daher weniger Gelegenheit als die Arbeiter in einem Industriebetrieb, sich zu organisieren.

Den ganzen Dreck, den die SPÖ am Stekken hat, versucht die 'AZ' abzukratzen, die von den Fernfahrern als von "Aufgehetzten" schreibt. Den Druck der Arbeitshetze, die Angst vor Gendarmerie, Chef und Arbeitsplatzverlust gibt sie als Erklärung für die Bereitwilligkeit der Fahrer an. "Vielleicht erklärt diese Zwangssituation die Bereitschaft mancher Fahrer, sich zu der Blockade missbrauchen zu lassen." ('AZ', 11. Juli 1978) Das ist zwar nur die halbe Wahrheit, aber noch ekeliger ist der Zynismus, der aus diesen Zeilen spricht. Das Zentralorgan der regierenden(!) Sozialdemokratie klagt über die "Zwangssituation" der Fernfahrer, deren "Ansehen in der Öffentlichkeit rapid sank"(?) und die, wie kaum eine andere Gruppe von Arbeitern, unsozial behandelt wird (ebenda). 'AZ'-Mann Paul Flieder kann nur mehr als schamloser Betrüger bezeichnet werden, wenn er einfach 'vergisst', die Verantwortung der SPÖ zu nennen. Die SPÖ sitzt heute in der Regierung, sie beherrscht die Gewerkschaften, sie hat ungeheure Machtmittel in ihren Händen - und trotzdem (oder besser, wie wir meinen: gerade deswegen!) geschieht nichts für die unterprivilegierten Arbeiterschichten.

Zutreffend schreibt Eva Priester in der 'Volksstimme' (7. Juli) über die Arbeiter in diesen Kleinbetrieben, "...wo es eine engere Beziehung 'Chef-Fahrer' gibt und wo der Fahrer, wenn der Chef erklärt:'Wenn die Steuer bleibt, werde ich zusperren müssen', sich persönlich verunsichert fühlt", dass dort "die wenigsten Fernfahrer gewerkschaftlich organisiert sind."
Das ist hauptsächlich die Schuld der SPÖ und des von ihr dominierten ÖGB, die sich kaum um die Arbeiter in den Kleinbetrieben kümmern. Gegen die miesen Arbeitsbedingungen und die niedrigen Kollektivlöhne erhalten die Fahrer so gut wie keine Unterstützung von der Gewerkschaft. "Der ÖGB, der sich bei den Fernfahrern abputzt, treibt sie geradezu in eine Front mit ihren Chefs."(ebenda)

Wie fernab diese SP-'Arbeiterführer' vom proletarischen Milieu entfernt sind, bewiesen sie ausserdem mit ihrer Drohung gegen die Blockade, dass sie die Arbeiter in den Betrieben "kaum mehr zurückhalten" könnten. Wirkliche Arbeiterführer hätten die Diskussion mit den 'missbrauchten' Lkw-Fahrern suchen müssen. Doch was, ausser Beschwichtigungen und Lügen, hätten ihnen SPÖ-Funktionäre mitzuteilen gehabt?! So schreckte Kreisky eben mit dem Einsatz der Exekutive, die 'Eliteeinheit' Cobra wurde von Innenminister Lanc nach Salzburg geschickt - das sind die Methoden dieser Herren 'Sozialisten', die sie dieses Mal nur deswegen nicht eingesetzt haben, weil es sich um einen Kapitalistenstreik gehandelt hatte.

Die Spendenkampagne geht weiter!

Unser Ziel, bis zum Juli S Io. ooo.- zu erreichen, haben wir nur knapp verfehlt. Wie wir schon berichtet haben, stammen S 5ooo. - aus einer Spendenkampagne unserer deutschen Genossen.

Erfreulich und positiv war es, dass von den ca. 8o Teilnehmern unserer Mai-Veranstaltung mehr als S I2oo. - gespendet wurden, der Rest wurde von den Mitgliedern und Sympathisanten der Organisation, sowie beim Zeitungsverkauf gespendet.

Obwohl wir im Prozess selbst freigesprochen wurden, verschlangen die Kosten für den Anwalt ganze S 7ooo. - und wie schon berichtet, wurden wir in diesem Prozess - so ganz 'nebenbei' - wegen eines lächerlichen Impressumsfehlers zu einer Strafe von S 5oo. - verurteilt.

Die verbliebenen S 2ooo. - sollen nun aufgestockt werden. Erstens hat der Staatsanwalt gegen den Freispruch Berufung eingelegt, was - abgesehen von einer möglichen Verurteilung im zweiten Verfahren - wieder Anwaltskosten bedeutet und zweitens ist ein ähnlicher Prozess gegen unsere deutschen Genossen nicht auszuschliessen. Darüberhinaus soll dieser Fonds auch Genossinnen und Genossen unterstützen (im Falle einer Verurteilung zur Zahlung einer Geldstrafe), die keiner Organisation angehören. Wir haben bereits in der Vergangenheit alles in unserem Rahmen mögliche getan, um solche Genossinnen und Genossen zu unterstützen und werden dies auch in Zukunft tun.

Völlig unverständlich erscheint uns dabei der Aufruf der GRM zur Einrichtung eines Spendenkontos, zur finanziellen Unterstützung von in letzter Zeit verurteilter Antifaschisten. Wir haben schon des öfteren die Einrichtung eines gemeinsamen Spendenkontos vorgeschlagen und sind dabei gerade bei der GRM auf taube Ohren gestossen. Ein von allen Organisationen (GRM, SOAK, FÖJ, IKL) verwaltetes Konto, auf das diese Organisationen, entsprechend ihrer Mitgliederstärke einen fixen Betrag monatlich einzahlen und für das gemeinsam gesammelt wird, wäre doch weit wirksamer und einfacher, als eine zum jeweiligen Fall durchgeführte Spendenkampagne. Und welche Summen derartige Prozesse verschlingen, zeigen gerade die Prozesse gegen die beiden Antifaschisten. Das gemeinsame Konto wird also selten einen hohen Stand aufweisen und die gemeinsame Verwaltung kann keine ernsten Schwierigkeiten bereiten.

In diesem Sinne schlagen wir den Organisationen noch einmal die Einrichtung eines solchen Kontos vor und ersuchen sie gleichzeitig, eine Ablehnung ihrerseits, öffentlich (in ihren Zeitungen) politisch zu begründen.

Bis zur hoffentlich baldigen Einrichtung eines solchen Kontos bitten wir alle Leser um Spenden auf unser Konto.

Einzahlungen auf das Konto der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Nr. 7Io6.o24 - Karl Reitter, Io3o Wien. Vermerk: Paragraph282.

AKW-Volksabstimmung:

Ein Sieg der „Massenbewegung"?

Nun wird es sie also geben - die 'Volksabstimmung' über die Inbetriebnahme von Zwentendorf. Anfang November kann das 'souveräne Volk' demokratisch entscheiden. Ein Sieg der Anti-AKW-Bewegung? Allein die Hilflosigkeit, mit der diese auf die Ankündigung der Volksabstimmung reagierte, beweist das Gegenteil. Die Volksabstimmung solle auf das nächste Jahr verschoben werden - so die Vertreter dieser Bewegung -, um den AKW-Gegnern ausreichend Gelegenheit zu geben, 'das Volk' besser zu informieren.

Als ob sich die Frage der Atomkraftwerke und der Volksabstimmung durch 'bessere Argumente' beeinflussen liesse! AKW-Gegner, denen man ein gewisses Ausmass an 'Bauernschläue' nicht absprechen kann, hoffen wieder, dass möglichst wenige Menschen aktiv an der Abstimmung teilnehmen, sodass die Stimmen der AKW-Gegner (die natürlich alle 'ihr Recht' wahrnehmen werden), schliesslich die Entscheidung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes bringen werden. Diese Argumentation ist schon recht spassig, allein mit den Gesetzen der Klassengesellschaft und mit den Aufgaben der Marxisten hat sie nichts zu tun.

DIE GRUNDLAGEN DER SPÖ-ENTSCHEIDUNG

Die Sozialdemokratie bemühte sich monatelang eine Übereinstimmung über die Inbetriebnahme von Zwentendorf zumindest mit der ÖVP zu erreichen. Eine Durchsetzung ihrer Mehrheit beim Parlamentsbeschluss hätte ihr nächstes Jahr einen 'Atom-Wahlkampf' beschert, in dem ÖVP und FPÖ an eine Stimmung vor allem in kleinbürgerlichen Schichten, mit ihrer Demagogie ansetzen hätten können. Diese Stimmungen betreffen natürlich nicht allein Zwentendorf, sondern drücken generell einen Unmut gegen die 'sozialistische Diktatur' (Steuerpolitik, Strafvollzug) aus. Um einen solchen Wahlkampf - zumindest in der AKW-Frage - zu verhindern, stimmte die SP-Führung schliesslich der Volksabstimmung zu, was von FP und VP auch begrüsst wurde. Dies wundert nicht weiter, passt eine Volksabstimmung doch genau in das 'Bürgernahe' Konzept, welches sich die beiden bürgerlichen Parteien nun übergestreift haben.

Kreisky kann sich dabei einer sicheren Mehrheit sicher sein. Einerseits kann er in der momentanen Situation glaubhaft das Problem der Arbeitsplatzsicherung mit der Energiefrage verbinden und andererseits hat er durch das Abkommen mit Ägypten auch die Frage des 'Atommülls' geklärt, die auch bei vielen Arbeitern als Problem begriffen wurde.

Die ÖVP wieder, wurde durch den SP-Beschluss in ein Dilemma gestürzt. Auf der einen Seite die Industrie, die schon lange auf die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes drängt und auf der anderen Seite die Aufgabe der 'Volkspartei' Politik gegen die SPÖ zu machen und den Stimmungen von Teilen der Parteibasis nachzugeben. Der unglückliche Taus musste so, nach einem kräftigen Rüffel der Industrie, sein allgemein angelegtes "Nein" schliesslich zu einer "persönlichen Meinung" umfunktionieren. Die FPÖ reitet schon lange als Atomgegner durch die politische Landschaft und Vertreter dieser Partei nahmen auch an Demonstrationen der AKW-Gegner teil, wobei sie durchaus noch nicht den rechtesten Teil dieser Demonstrationen darstellten.

Taus hat formal durchaus recht, wenn er sagt, dass es absurd ist, das Volk darüber abstimmen zu lassen, ob Zwentendorf genügend sicher sei. Die absolute Mehrheit der Menschen könnte auch durch noch so gute und informative Broschüren der AKW-Gegner, nicht in die Lage gebracht werden, rein auf der Wissensebene, eine tatsächlich 'objektive' Entscheidung über diese Frage zu fällen. Das ist eben das Wesen einer 'Volksabstimmung' in der kapitalistischen Demokratie. Die Farce eines 'mündigen Bürgers', der bestimmt, was in 'seinem Staat' geschieht, hat ja in der Schweiz schon humoristische Züge angenommen. So ist diese Form der Volksabstimmung gleichzeitig auch eine Propaganda für eine 'Demokratie', in der alle Klassen gleich bestimmen und gleich ihre Rechte wahrnehmen können.

Der 5. November I978 wird dieses 'schöne Land' in zwei Lager geteilt sehen. Auf der einen Seite die Grossindustrie und die Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterklasse und auf der anderen Seite FPÖ und Umkreis, rechte ÖVPler, verblödete Naturschützer, Kleinbürger, denen jede technische Entwicklung nicht geheuer ist und die von einer 'gewissen Arbeitslosigkeit' träumen (weil dann die Menschen wieder 'mehr in die Natur gehen'). Teufelsaustreiber vom "Weltbund zum Schutz des Lebens", Frau Schmitz und ihre wackeren 'Damen' mit den Kindersärgen am Kopf und... man schämt sich fast es zu sagen, "revolutionäre" Gruppen, wie den KBÖ und die GRM...

Wir haben es in den Spalten dieser Zeitung oft und oft gesagt: Diese Anti-AKW-Bewegung ist durch ihren Charakter und durch ihren gesamten inhaltlichen Ausdruck, nicht nur nicht in der Lage, der SP und ÖGB-Propaganda von der Notwendigkeit der Atomkraft als Mittel der Arbeitsplatzsicherung, entgegenzuwirken, sondern sie wird im Gegenteil die Glaubhaftigkeit der sozialdemokratischen Argumentation noch verstärken. Jeder praktische Schritt der 'Bewegung' hat dies bestätigt und die Abstimmung am 5. November ist der Höhepunkt in dieser Entwicklung. Das Schlimme an dieser 'Bewegung' ist noch nicht, dass sie eine solche gegen die Sozialdemokratie ist. Das Schlimme und empörende liegt in der Tatsache, dass Gruppen, die sich selbst als "revolutionär" bezeichnen, nicht begreifen, dass sie eine Bewegung mittragen, die in den Sog der Anti-Sozialdemokratie-Politik von ÖVP und FPÖ geraten ist. Dies konnte auch nicht anders sein im Falle einer Bewegung, die allein auf der 'Übereinstimmung' "GegenAtomkraft" aufgebaut ist.

"Nein - Zwentendorf ist nicht sicher", werden so am 5. November Josef Taus Hermann Dworcak von der GRM, Friedrich Peter von der FPÖ und der Maoist Lindner, sagen...

DIE EINZIG MÖGLICHE ANTWORT DER MARXISTEN

Wenn das ABC der Marxisten noch stimmt, nach dem alle Handlungen und Aussagen der Revolutionäre, nur die Aufgabe haben, das Klassenbewusstsein des Proletariats zu heben, dann muss dies auch für die Anti-AKW-Bewegung im allgemeinen und für die Volksabstimmung im besonderen gelten.

Auf dieser Ebene muss zuerst festgehalten werden, dass Volksabstimmungen nichts vom Klassenkampf getrenntes darstellen. Entscheidungen gesellschaftlicher Relevanz entsprechen bestimmten Klasseninteressen. In 'demokratischen' Zeiten kann die Bourgeoisie im allgemeinen ihre Entscheidungen dadurch 'unblutig' durchsetzen, weil das Proletariat auf einen Kampf für seine eigenen Interessen 'verzichtet'! In 'unruhigen' Zeiten treffen die unterschiedlichen Klasseninteressen gewaltsam aufeinander und der Bürgerkrieg ist der zugespitzteste Ausdruck dieser Tatsache. Die Arbeiterklasse zwingt der Gesellschaft ihren Willen mit Gewalt auf und nicht durch 'demokratische' Entscheidungen. Unter den Bedingungen der Klassengesellschaft ist jede Abstimmung, die vom Kampf der Klassen getrennt ist, eine Farce und ein Täuschungsmanöver der Herrschenden.

Dieses ABC müsste man den "Marxisten" vom KBÖ und von der GRM um die Ohren schlagen. Wenn Marxisten einer solchen formalen 'demokratischen Entscheidung' zustimmen, dann einzig, wenn sie Ausdruck des Klassenkampfes des Proletariats ist, wenn sich durch sie die Möglichkeit ergibt, dass Klassenbewusstsein der Arbeiter zu heben und dem Ziel der sozialistischen Revolution einen Schritt näher zu kommen.

"Aber vor dem 5. November werden auch die Arbeiter unseren Argumenten aufmerksamer zuhören und wir werden Gelegenheit haben, mehr Menschen anzusprechen, die dem Problem interessierter gegenüberstehen", werden AKW-Gegner einwenden. Formal gesehen, mag dies stimmen. Das Problem liegt jedoch auf einer anderen Ebene. Durch die 'Einheitsfront' der "Nein"-Sager, die von der Reaktion, bis zu Teilen der extremen Linken reicht, werden die Arbeiter in eine falsche Alternative gedrängt. Sie sehen jene Partei (die SPÖ), der sie ver-

Protest gegen Stammheim – Geldstrafe!

Am 18. 10. 77 fand in Wien (am 'Graben') eine spontane Kundgebung gegen die Ermordung der Genossen Baader, Raspe und Ensslin im Gefängnis Stuttgart-Stammheim statt. Die bürgerliche Presse überbot sich gegenseitig an Hasstiraden gegen diese Kundgebung und ihre Teilnehmer. Von 'arbeitsscheuen Gesindel', über 'Kriminelle' bis zu kaum verhüllten Aufforderungen zur Lynchjustiz ("wir werden uns ihre Gesichtszüge einprägen müssen") wurden alle Register gezogen.

Die Hetze der bürgerlichen Presse fügte sich nahtlos in das Vorgehen des Staates. Ein Teilnehmer - willkürlich herausgegriffen - wurde zu insgesamt S 2200.- verurteilt. Der Genosse legte dagegen Berufung ein, das Urteil wurde voll bestätigt. Besonders auffallend sind dabei zwei Punkte: Die Höhe der Geldstrafe und der Begründungszusammenhang, in dem das Urteil gefällt wurde.

Vorwand für die Anklage bildete der angebliche Gebrauch des Schimpfwortes "Arschlöcher". Aus diesem Vorwurf wurden gleich drei(!) Anklagepunkte gebastelt: Ordnungsstörung, Verletzung des öffentlichen Anstands und Ruhestörung. Zusammen machte das S 2200.- oder 10 Tage Arrest. Im Berufungsbescheid heisst es betreffend der Höhe der Geldstrafe zynisch: "Die ungünstigen Einkommens- und Familienverhältnisse des Berufungsbewerbers als Student wurden ausreichend berücksichtigt".

Nachdenklich sollte man auch bei der Charakterisierung der Kundgebung durch die Behörden werden. Sie wurde kurzerhand als "Sympathiekundgebung für Terroristen" bezeichnet. Der Umstand, dass die Genossen klar von Mord sprachen, wird als "Vorwürfe gegen Organe der BRD" dargestellt. Damit ist es sozusagen amtlich: Wer nicht bereit ist, den Selbstmordschwindel zu schlucken und die Wahrheit auf der Strasse verbreitet, ist damit automatisch "Sympathisant" des Terrorismus.

Die für österreichische Verhältnisse hohe Geldstrafe ist die logische Konsequenz der Verhaltens eines grossen Teiles der Linken, der es nicht wagte, zu den Ereignissen in Stammheim aktiv zu werden und sich lieber tot stellte. Der Genosse - ohne jede wirksame Solidarität - konnte daher von der Klassenjustiz zu einer für ihn hohen Strafe verdonnert werden, ohne dass die Behörden mit Gegenwehr rechnen mussten!

trauen und von der sie die Sicherung der Arbeitsplätze erwarten, angegriffen von der ÖVP und der FPÖ ('Unternehmerparteien', denen sie misstrauen) und von Teilen der extremen Linken, die dabei den 'kritischen Deppen' abgeben, denn selbstverständlich hat die Propaganda von VP und FP mehr Gewicht, selbst wenn einzelne 'kritische' AKW-Gegner etwa im Fernsehen sprechen könnten. Das 'sozialistische' Element der GRM (35-Stunden- Woche ohne Lohnverlust) kommt so, angesichts der realen Verteilung der politischen Kräfte überhaupt nicht zum Tragen. Ein 'trotzkistischer' Pflichtpipser. Und diese Verteilung der Kräfte und das Gewicht der reaktionären Propaganda werden für die Arbeiter entscheidend sein. Die Möglichkeit, viele Menschen aufmerksamer vorzufinden, ist also an sich noch nicht entscheidend. Entscheidend muss vielmehr sein: von welchen Voraussetzungen ausgehend können wir diese Menschen ansprechen.

"Aber vielleicht gelingt es doch, eine Mehrheit von "Nein"-Stimmen zu erreichen. Es wäre doch auch im Interesse der Arbeiter, dass Zwentendorf nicht in Betrieb geht und damit furchtbare Gefahren abgewendet werden". Auch dieses Argument werden die AKW-Gegner vorbringen und es ist nicht besser als das erste. Sein Grundgedanke ist letztlich schlichtweg der, dass angesichts der Gefahren der Atomkraft die Klassenunterschiede aufhören zu bestehen und ein Volk von AKW-Gegnern und AKW-Befürwortern vor uns steht. Aber die Gesetze der Klassengesellschaft und die aus ihnen folgenden Aufgaben der Marxisten hören selbst vor der Gefahr eines Weltkrieges nicht auf zu bestehen. Für Marxisten kann es nicht egal sein, wer mit welchen Interessen und mit welchen Zielen gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf ist und am 5. November mit "Nein" stimmt.

Die Probleme im Zusammenhang mit der Atomenergie liegen nicht ausserhalb der Klassengesellschaft. Selbst wenn eine Mehrheit von "Nein"-Stimmen vorliegen würde, wäre das alles andere als ein Sieg der Arbeiterklasse. Kein nüchtern denkender Mensch wird leugnen, dass - auch wenn die AKW-Gegner noch ihre besten Argumente aus der Tasche zaubern - die absolute Mehrheit der Arbeiter mit "Ja" stimmen wird. Nicht deswegen, weil sie tatsächlich von der Information her weiss, dass Zwentendorf sicher ist, sondern weil die Probleme rund um Zwentendorf die soziale Existenz der Arbeiter betreffen und zwar sehr direkt und unmittelbar. Ebenso werden zehntausende in diesem Land mit "Nein" stimmen und das wird nun natürlich nicht, profunde Kenntnisse in Physik ausdrücken, sondern allein die hinterwäldlerische, reaktionäre Angst vor dem 'Unbekannten'. Allein von dieser Seite her gesehen, zeigt sich die ganze Absurdität dieses demokratischen Spektakels. Gibt es denn in der GRM und im KBÖ tatsächlich eine Genossin oder einen Genossen, die daran zweifeln, dass am 5. November sämtliche Blut-und-Boden-Elemente in diesem Land, sämtliche 'Turner' und 'Naturschützer' (und dieses reaktionäre Gesindel ist heute zwar nicht sehr laut, aber zahlreich) mit "Nein" stimmen werden? Von der ANR samt Anhang und der "Aktion Leben" ganz zu schweigen!

Kann es angesichts dieser Ausgangsposition für Marxisten egal sein, wer - jetzt einmal abgesehen davon, dass die "Ja"-Mehrheit ohnehin sicher ist - ein Atomkraftwerk verhindert? Egal wer auch immer diese Frage mit Ja beantwortet und egal, ob er sich "Marxist-Leninist" oder "Trotzkist" nennt, er hat das ABC des Marxismus nie begriffen.

Wenn Zwentendorf auf diese Weise durch diese Volksabstimmung fällt, würde dies der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie die günstigsten Argumente zur Rechtfertigung der steigenden Arbeitslosigkeit (die natürlich auch mit Zwentendorf nicht verhindert werden kann) liefern und - und das wiegt weit schwerer und ist schlimmer - das Bewusstsein der Arbeiter wäre damit keinen Millimeter weiter entwickelt worden, im Gegenteil, ihre Bindung an die sozialdemokratische Argumentation würde sich verstärken. Allein diese simplen Überlegungen zeigen, dass es absolut nicht egal ist, wer mit welchem Ziel gegen das AKW kämpft. Natürlich, dem maoistischen 'Volkskämpfer', für den der Klassenkampf beim Kopf der eigenen Zeitung auch schon wieder aufhört zu bestehen, ist allein wichtig, dass 'viele Menschen' in Bewegung sind.

Für den Marxisten aber, stellt dies in keinem Fall ein bestimmendes Kriterium dar. Die Fragen der Ökologie müssen mit den Interessen des Proletariats verbunden werden. Sie müssen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gegen Lohnabbau usw. gebracht werden. Nur so kann der Kampf gegen das AKW der Hebung des Klassenbewusstseins dienen. Konkret heisst dies heute, dass jeder praktische Schritt der Marxisten das Ziel hat, dass die Arbeiter selbst auch gegen die Gefahren kämpfen, die der Menschheit aus der kapitalistischen Umweltpolitik erwachsen.

Die Zusammensetzung und die Inhalte der vor uns (noch) stehenden Anti-AKW-Bewegung erreichen genau das Gegenteil!.

Boykott der Volksabstimmung!

Antifaschistischer Kampf:

Lernen wir aus den Erfahrungen!

"Nichts steigert die Frechheit der Faschisten mehr als der schlappe 'Pazifismus' der Arbeiterorganisationen."
(L. Trotzki)

Die 'Kader'-Faschisten haben sich im letzten Jahr nicht wesentlich stärken können. Das zeigte der vergangene Juni - der Wonnemonat der Nazis, in dem sie am 17. ihren "Tag der deutschen Einheit" feiern.
Ihr heuriges Auftreten war zu kraftlos - und zu stark (im Verhältnis dazu) die Gegenwehr der Antifaschisten, als dass ANR-ler und Konsorten den Juni 1978 dafür hätten nützen können, sich personell und moralisch zu stärken.

Das politische Konzept so mancher antifaschistischer Organisation ist aber kaum dazu angetan, weitere Erfolge zu gewährleisten - vor allem dann muss sich das zeigen, wenn die faschistische Gefahr, zB. durch die Demoralisierung und Verlumpung jugendlicher Schichten bei steigender Arbeitslosigkeit in Österreich grösser wird. Ausserdem gibt es heute 'mehr' als NDP und ANR. 'Kameradschaftsverbände' und 'Heimatdienste' in den Bundesländern feierten ebenso den "Tag der deutschen Einheit" und erreichten mit ihren Geschichtsfälschungen und der faschistoiden Hetze tausende von Menschen. In Wien konnte man auch ein wenig das rechtsextreme Spektrum, das es in Österreich gibt, kennenlernen. Am 22. Juni waren rund tausend(!) Menschen zu einer 'Sonnwendfeier' zum Satzberg gekommen - mit dem FPÖ-Hirnschall, ANR-Nazis und "Juda verrecke!"-Rufen. Natürlich waren die wenigsten der Teilnehmer aktive Faschisten, sondern Natur-Deppen im Dirndl und Trachtenanzug. Aber sie duldeten das offene Auftreten und Agieren der Nazi-Kader.
Dass es zu diesem erweiterten Kreis des Rechtsextremismus in Österreich in der Linken, ausser dem Versuch der 'Arbeitsgruppe Faschismus', kaum Intentionen gibt, Material aufzuarbeiten und antifaschistische Propaganda zu betreiben, ist eine weitere bedauerliche Tatsache.

DIE JUNIEREIGNISSE

Im Juni versuchte die ANR seit längerer Zeit wieder, systematische antikommunistische Arbeit zu betreiben. Ab dem Frühjahr 1977, als sie ihr weitergehendes Konzept, auch die Lokale der Linken zu überfallen, aufgegeben hatte, bestand ihre "politische Bewährung" mehr aus unsystematisch angelegten, brutalen Schlägereien gegen die "linken Verbrecherbanden". An ihrem Jubeltag, der vierzigjährigen Wiederkehr des Einmarsches reichsdeutscher Truppen in Österreich, vermochten sie nicht einmal mehr auf der Wiener Universität eine Provokation zu setzen.
Ihre Ausrichtung zum 17. Juni 1978 wies allerdings wieder eine konsequentere Linie auf: Schutz der RFS-Hetzausstellung im Neuen Institutsgebäude (NIG) zum einen und weiters eine Veranstaltung am Samstag zum "Tag der deutschen Einheit". Dazu haben sie angeblich über 20 Kundgebungen angemeldet, von denen allerdings keine genehmigt worden war.

DIE RFS-ANR-AUSSTELLUNG IM NIG

Am 14. Juni zogen ANR-ler grölend durch die alte Uni und zertrümmerten unter den Augen von Staatspolizisten einen Bücherstand von Studenten des Historischen Institutes. Schon die ganze zweite Juniwoche waren sie gemeinsam mit dem RFS im NIG präsent, um mittels einer Hetzausstellung zum 17. Juni 1953 ihre grossdeutsche Propaganda zu verbreiten. In Gruppen standen RFS-ler und ANR-Mitglieder herum. Sie pöbelten Linke an und hinderten sie am Zeitungsverkauf. Diese Provokationen wurden noch dadurch verschärft, dass es der Linken bisher im grossen und ganzen gelungen war, das NIG von den braunen Gestalten freizuhalten. Und nun dieses konzentrierte gemeinsame Auftreten von RFS, Burschenschaftern und ANR...!

In den Reihen der antifaschistischen Studentenschaft, die weit über den Rahmen der linken Organisationen hinausragen, nahm die Unzufriedenheit immer mehr zu. GRM, SOAK, FÖJ, die AG-Faschismus und wir gaben damals ein gemeinsames Flugblatt heraus: "Der RFS provoziert zur Zeit im 'Neuen Institutsgebäude' mit einer Ausstellung unter dem Motto: 'Deutschland ist grösser als die BRD.' Das heisst nichts anderes, als dass sich der BRD-Kapitalismus die DDR einverleiben soll ... GEGEN DIE RFS-AUSSTELLUNG IM NIG!" Darin wurde weiters festgestellt, dass "die Ausstellung des RFS im NIG nur als schändliche Verhöhnung der ostdeutschen Arbeiter gewertet werden" kann. In keiner ihrer Forderungen verlangten die ostdeutschen Arbeiter 1953, dass ein wiedervereinigtes Deutschland, ein Deutschland der Kapitalisten sein sollte. Beim RFS wurde aber aus diesem antistalinistischen und antikapitalistischen Kampf ein antikommunistischer: Der RFS- und ANR-Meinung nach "kämpfte das 'deutsche Volk' in der DDR um seine 'Befreiung' im Sinne des Faschismus, mit Zielrichtung auf den Wiederaufbau einer 'starken deutschen Nation im Herzen Europas', bzw. auf ein wiedervereinigtes kapitalistisches Deutschland."

Im NIG ging es aber um mehr als solche 'geschichtliche Differenzen'. Würden sich die Rechtsextremen behaupten und stärken können, und angesichts einer massiven Ablehnung durch die linken Studenten, die Ausstellung im NIG(!) 'normal' über die Runden bringen können?

Am 15. Juni setzte dann eine Gruppe von Antifaschisten der braunen Hetze ein Ende. Die Genugtuung, die viele Antifaschisten darüber empfanden, wurde nun allerdings durch das Räsonieren von seiten 'demokratischer' Antifaschisten getrübt. Überraschenderweise kam der ärgste Aufschrei dieses Mal nicht aus dem KPÖ-Eck. Nicht so wie im Frühjahr 1977, als ihrer Meinung nach "Kommandoaktionen ... ultralinker Studentengruppen" den "offiziellen Kreisen", "der Regierung und den Massenmedien gelegen" gekommen waren ('Volksstimme', 31. 3. 1977), gab sie heuer dem "provokanten Auftreten der Neonazi" die Schuld: die Antifaschisten "reagierten auf die Provokation mit einem spontanen Angriff. In dem Tumult, in dem die Nazis zu schlagen begannen, blieb von der Hetzausstellung nur ein Trümmerhaufen übrig." ('Volksstimme', 16. 6. 1978)
Zu mehr als zu dem konnte sie sich aber nicht aufraffen. Nach dem "spontanen Angriff" der Antifaschisten fassten in(!) der alten Uni(!) Polizei, RFS- und ANR-ler gemeinsam wahllos antifaschistische Studenten heraus, um ihnen "Sachbeschädigung", "schwere Körperverletzung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anzuhängen. Es ist bezeichnend, dass ausschliesslich 5 iranische Genossen mit einem Prozess rechnen müssen. Zu den daraufhin einberufenen Aktionseinheitssitzungen linker Organisationen, um den Schutz der iranischen Genossen zu organisieren, erschien der KSV nicht! Während seiner antifaschistischen Kundgebung am 16. Juni auf der Uni-Rampe verweigerte er einem maoistischen Genossen sogar, die Anwesenden vom Vortagsereignis zu informieren und zur Solidarität mit den iranischen Antifaschisten aufzurufen. Auch auf der, von KPÖ-'Persönlichkeiten' mitinitiierten Veranstaltung auf der Linzerstrasse, blieb jede Information aus.

Aber auch aus der Richtung der GRM vernahm man ein zweifelndes Gemurmel über den 15. Juni. Ob diese Aktion gegen die Hetzausstellung des RFS "zweckmässig" war? Schliesslich war es keine Ausstellung der ANR gewesen(?). Ausserdem hätte man sich voll auf den Freitag (Kundgebung des KSV, KSS und VSSTÖ) konzentrieren sollen...

Darüber kann ein Reinhard BRAND nur lachen, der zugleich RFS- und ANR-Mitglied ist und im NIG seinen Mann stellte. Ebenso die anderen ANR-'Kameraden', die die Ausstellung bewachten und die 'Richtung' (Zeitung der ANR) verkauften. Warum man sich nicht auf den Freitag "konzentrieren" kann, wenn eine Gruppe von Antifaschisten am Vortag die RFS-Ausstellung zerstört, bleibt ein weiteres Geheimnis der GRM.

Seit jeher meinten wir, dass die antifaschistische Propaganda zwar die Grundlage des Kampfes gegen die Nazis sein muss, doch diesen nicht ersetzen kann. Nur Propaganda zu betreiben ist letztlich wirkungslos und muss zur Resignation der Antifaschisten führen. Den Faschisten und RFS-lern ist dieser 15. Juni sicherlich eine Lehre gewesen.
Hinter den 'pazifistischen' Tendenzen steckt auch eine falsche Auffassung vom antifaschistischen Kampf: gegen die Nazis mit dem Anspruch vorzugehen, weil diese 'undemokratisch' seien. Genau diese Logik steht hinter der Verbotsforderung für rechtsextreme Organisationen an den 'demokratischen' Staat. Er soll sie verbie-

ten, da sie 'undemokratisch', und die Antifaschisten selber 'demokratisch' wären. Was für ein Eigentor!

Jede(r) Genoss(in)e, der (die) schon einmal den mit Messern, Schlagringen und Stöcken bewaffneten Nazis gegenübergestanden ist und mit Wut vergeblich auf das Eingreifen der 'demokratischen' Polizei gegen sie gewartet hat, weiss, wie hirnrissig es ist, den antifaschistischen Kampf mit der Auffassung zu führen, der demokratische Teil zu sein. Es ist 'undemokratisch' (im Sinne der formalen bürgerlichen Demokratie!), wenn ANR-Ständer die Stiegen hinunterpoltern und Nazis durch die Gegenwehr der Antifaschisten von der Rampe flüchten.

Den 'demokratischen' Kampf durften wir ohnehin zuletzt am 16. Juni zur Genüge und bis zum Überdrusse 'geniessen': Erbostes aber äusserst unbefriedigendes Schreien gegen die Nazis, weil sich diese eben, von niemandem gehindert, über eine solche Hilflosigkeit der Antifaschisten lustig machten. "Nichts steigert die Frechheit der Faschisten mehr ...!"



Auseinandersetzung mit Polizei und Faschisten in Frankfurt

SOLIDARITÄT MIT DEN IRANISCHEN ANTIFASCHISTEN!

Wie schon erwähnt kam es in der Folge der Aktionen gegen die RFS-Ausstellung zu Anzeigen gegen 5 iranische Antifaschisten. Bemerkenswert sind dabei die koordinierten Aktivitäten von Polizei und braunem Milieu. Mit der Einleitung der Verfahren gab der RFS ein Flugblatt heraus, in dem er von "persischen Rollkommandos" lügt und in einem offenen Brief an die persische Botschaft denunzierte er die iranischen Antifaschisten ebenfalls. Sie müssen mit Gerichtsverfahren rechnen, womit die bürgerliche Justiz erneut beweist, wie sehr ihr die fortschrittlichen iranischen Genossen unangenehm sind. Von ihnen waren die wichtigsten Informationen über die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Exekutive und dem persischen Geheimdienst SAVAK gekommen. Sie sind zuverlässige antifaschistische Genossen und Genossinnen, auf die die Linke Österreichs zählen kann.

Diese dankte es ihnen jedoch auf der Solidaritätsveranstaltung vor dem Justizministerium am 28. Juni nicht besonders zahlreich. So sehr wir die Beteiligung der MLS an dieser Aktion begrüssen und dies als wichtigen Fortschritt gegenüber früher ansehen, muss gesagt werden, dass sie und auch die GRM im Verhältnis zu ihrer Stärke ziemlich schwach mobilisiert hatten. Nicht einmal 100 Antifaschisten schickten schliesslich eine Delegation zum Ministerium, wo ihnen ein Ministerialbeamter frech entgegnete, er wüsste von Verfahren gegen iranische Antifaschisten nichts.

Wir lehnen solche Delegationen nicht prinzipiell ab. Sie haben ihren Sinn, um die bürgerliche Justiz mit den Forderungen zu konfrontieren und ihre Reaktion der Öffentlichkeit mitzuteilen. Wir glauben aber kaum, dass solche Gespräche der alleinige Zweck einer solchen Kundgebung sein können. Wir erwarten vom kapitalistischen Justizapparat keine antifaschistische Haltung, noch dazu, wenn der 'Druck' von der Strasse derart gering ist. Schwerpunkt solcher Kundgebungen müsste vielmehr die Propaganda in der Bevölkerung sein (zB. nach Arbeitsschluss beim AEZ), wohin auch bedeutend mehr Linke mobilisiert werden könnten als um 11 Uhr vormittag. Vielleicht kann man zukünftig beides - Delegation und Abendkundgebung - miteinander kombinieren: die Delegation, die am Vormittag vorgesprochen hat, würde am Abend auf der Veranstaltung berichten können.

Wahrscheinlich sollen dieses Mal die Verhandlungen gegen die iranischen Antifaschisten in die Sommerzeit hineingetragen werden. Dagegen gilt es wachsam zu sein!

ANTIFASCHISTISCHE KUNDGEBUNG MIT BITTEREM BEIGESCHMACK

Am 17. Juni versuchten die Nazis doch noch einmal aufzutrumpfen. Endgültiger Ort ihrer Jubelfeier sollte das 'Restaurant Sitler' auf der Linzerstrasse sein. Der ANR-Ankündigung kam jedoch ein 'Initiativkomitee von Katholiken, Sozialisten und Kommunisten' mit der Anmeldung einer eigenen Kundgebung am selben Ort zuvor. Die Veranstaltung der Nazis wurde von den Behörden verboten und um 20 Uhr weigerte sich auch der Wirt, die mit Nazimontur kostümierten Fehringer, Gasser & Co in seinem Hause feiern zu lassen.

Wie schon auf der Freitagkundgebung auf der Uni-Rampe hatten KSV und VSSTÖ die Zusammenarbeit mit dem Grossteil der anderen antifaschistischen Organisationen boykottiert. MLS, GRM, SOAK, FÖJ, CISNU, die AG-Faschismus oder wir wurden von vornherein von der Aktionseinheit ausgeschlossen - eine Vorgehensweise, die sich am 17. Juni noch als Nachteil herausstellen sollte.

Die 'Creme de la creme' der ANR war auf der Linzerstrasse erschienen. Rund 20 an der Zahl. Zwischen ihnen und den ungefähr 300 Antifaschisten stand eine Doppelkette Polizisten. Als die Exekutive die Nazis abdrängen wollte , damit sich alles 'friedlich' auflöse, weigerten sich Gasser und andere ANR-ler und erhielten daraufhin von den Jungpolizisten eine Tracht Prügel. Auf ihrer Flucht wurden einige festgenommen und mit einem Arrestantenwagen weggeführt. Im Trubel der Ereignisse - ein Teil der Antifaschisten lief der Verfolgungsjagd der Polizisten nach, von KSV-Ordnern behindert, die um ihre friedliche Kundgebung fürchteten - applaudierten dann die Nazigegner den Polizisten, als sie die Faschisten abführten.

Ja, der Druck auf den Staat habe sich bewährt, das Konzept der KPÖ wäre aufgegangen: eine breite Bewegung soll sich demnach für das Verbot der "Neonazi" einsetzen, d.h., eben bloss Druck auf die staatlichen Stellen ausüben. "Das Verbot einzelner neonazistischer Provokationen ist gut und richtig." Der Staatsvertrag sei aber erst erfüllt, "wenn die Neonazivereine selbst verboten werden. Dieses Verbot muss durch die Einheit der Antifaschisten zu erreichen sein, der erste Erfolg in dieser Woche(!) beweist das." ('Volksstimme', 18.6.1978)

UNSERE KRITIK

Die KPÖ bleibt mit ihren Erfolgsmeldungen ungemein oberflächlich. Sie geht überhaupt nicht auf die Hintergründe einer solchen 'antifaschistischen' Verhaltensweise der Polizei ein, und noch mehr verwundert (oder auch nicht) ihre 'Blindheit' gegenüber dem tatsächlichen Verlauf des 17. Juni. Das armselige Häuflein von Nazis wäre ohne Polizei fürchterlich verprügelt worden. Die Polizei schützte de facto die Faschisten - während die ANR-Fotographen fleissig die Antifaschisten ablichteten. In der nächsten 'Richtung' wird wieder einmal von der "Sowjetpolizei" zu lesen sein und von der ANR, die sich gegen "linke Banden" und den kapitalistischen Staat zu wehren hatte. Welch verkehrte Welt!

Durch die von der KPÖ verschuldete Spal-

Auch ein Standpunkt!

FLORIDSDORF — JEDLERSDORF
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK

"Seit einiger Zeit fühlen sich Betriebsfremde dazu berufen, sich in die Angelegenheiten der Eisenbahner zu mischen. Sie bezeichnen sich als internationale kommunistische Liga. Sie sind aber vom Kommunismus genau so weit entfernt wie mit ihrer "Klassenfront" von den echten Anliegen der Eisenbahner.

Ihre eher dürftige Bindung zum Betrieb sieht man schon daran, dass sie Schüler und Studenten engagieren müssen, um ihr Material an den Mann zu bringen. Ein Material, das nur so strotzt von "guten Vorschlägen" und Parolen für Klassenkampf und für revolutionäre Aktivitäten. Ein Material, das aber deutlich zeigt, dass hinter diesem Geschrei weder Kommunisten noch ernst zu nehmende Klassenkämpfer stehen, sondern politische Phantasten, die sich weder um den Betrieb der ÖBB viel Gedanken machen, noch den gewerkschaftlichen und politischen Realitäten Rechnung tragen. Mit Recht werden daher diese Möchtegern-Linken von den Kollegen abgelehnt. Sie bezeichnen sich als Linke, aber ihre Angriffe richten sich in erster Linie gegen den Linksblock. Diese Tatsache wird natürlich von Verwaltung und sozialistischer Gewerkschaftsführung mit Genugtuung aufgenommen, versprechen sie sich doch davon eine Schwächung des Linksblocks.

Eine Schwächung des Linksblocks bedeutet aber, wie die Vergangenheit zeigt, eine Abnahme der Aktivitäten in der Gewerkschaft.

Die Eisenbahner brauchen eine Gewerkschaftsvertretung, die nach den Grundsätzen des Klassenkampfes handelt, aber die politischen Realitäten dabei nicht ausser Acht lässt. Politische Phantasten und Querulanten sind keine Alternative für die Interessen der Kollegen."
Diese Glosse finden wir in der Betriebszeitung des 'Gewerkschaftlichen Linksblocks' (Gewerkschaftsorganisation der KPÖ), mit dem Titel: "Unser Standpunkt" (von F. Katzenschlager) und sie ist durchaus bemerkenswert. Nicht etwa deswegen, weil die 'Argumente' ihres Verfassers so geschliffen und sachlich wären. Nein, eher deswegen, weil Katzenschlager nicht das geringste gegen unsere Argumentation (die wir in der Betriebszeitung 'Klassenfront' vertreten) vorzubringen hat.

Da ist von "Betriebsfremden" die Rede, die es wagen, sich in die Angelegenheiten "der Eisenbahner" zu mischen! Offengesagt, wir haben Schwierigkeiten, auf diese 'Argumentation' (vorgebracht von einem Menschen, der sich immerhin "Kommunist" nennt) überhaupt zu antworten. "Das ist unser Betrieb" sagt der famose "Kommunist" Katzenschlager und das sind "unsere Angelegenheiten". Als ob die Werkstätten der ÖBB eine Insel wären, deren Angelegenheiten nicht die gesamte Arbeiterklasse betreffen! Die Mentalität, die hinter diesen Worten steht, ist dummer und spiessbürgerlicher 'Betriebs-Chauvinismus'. Wäre Katzenschlager Kommunist, wäre es eine Selbstverständlichkeit für ihn, dass die Angelegenheiten eines einzelnen Betriebes alle Arbeiter angehen. Oder macht etwa die KPÖ vor Betrieben, in denen der 'Linksblock' keine Mitglieder hat, keine Propaganda und Agitation?

Von der Ebene der simplen Dummheit geht Katzenschlager aber dann zu der der Verleumdung über, wenn er schreibt, wir müssten "Schüler und Studenten engagieren", um unser "Material an den Mann zu bringen." Abgesehen davon, dass der Begriff "engagieren" offensichtlich dazu dienen soll, den Arbeitern weiszumachen, wir würden diese "Schüler und Studenten" bezahlen (vermutlich denkt sich Katzenschlager insgeheim, dass die Verfasser der 'Klassenfront' irgendwo in CIA-Büros sitzen), kann sich dieser Mensch offenbar nicht vorstellen, dass Angestellte und Arbeiter die 'Klassenfront' schreiben, drucken und vor ihrem Arbeitsbeginn verteilen. Dass auch Studenten dabei sind (offensichtlich ist diese Karrikatur auf einen Kommunisten der Ansicht, Schüler und Studenten dürften zu den Problemen der Arbeiterklasse nichts sagen), wollen wir nicht verschweigen, empfinden das aber eher als positiv!
Das ist die simple Realität, 'Genosse' Katzenschlager, auch wenn diese in einen Bürokraten-Schädel nicht hinein passt!

Dassjede Kritik an der Politik der KPÖ gleich zu einer Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion umfunktioniert wird, ist man von dieser Partei schon gewohnt. Tatsache bleibt aber dennoch, dass die offizielle Politik des ÖGB in der 'Klassenfront' weit mehr kritisiert wird, als der 'Linksblock'!

Katzenschlager und seinesgleichen werden es aber auch durch solche Ausfälle und Verleumdungen nicht verhindern können, dass wir weiter auch mit den Kollegen vom 'Linksblock' diskutieren und die Politik ihrer Führung schonungslos kritisieren. Da kann er noch viele Seiten lang von "Phantasten" und "Möchtegern-Linken" schwätzen.

Was aber unsere Aussagen und Alternativen betrifft, so sind wir zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, mit ihm vor den Kollegen des 'Linksblock' zu diskutieren. Vielleicht hat Katzenschlager doch noch mehr zu bieten, als den Stumpfsinn, den er "Unser Standpunkt" nennt...

tung der antifaschistischen Front konnte nicht einmal verhindert werden, dass das Nazigesindel fotographierte! Der ANR-'Fotograph' Franz KOCE hat sicherlich schon brav sein Material beim ANR-'Archivar' Georg GASSER abgeliefert. Der KPÖ-Ordnerdienst behelligte bloss wütende Antifaschisten, damit alles 'demokratisch' bleibe - unbehelligt blieben aber Franz KOCE oder Bruno HAAS.

Die politische Linie der KPÖ hat sich einmal mehr für den antifaschistischen Kampf als hinderlich herausgestellt. Ihre Prämissen sind die Vaterlandsliebe zu Österreich, die Verbotsforderung für rechtsextreme Organisationen und ihr Hass auf den 'Terrorismus': "Verbot des Kärntner Heimatdienstes - für völlige Erfüllung des Artikels 7", "Gegen Neonazismus und Terrorismus(!!!)" (KPÖ-Losungen am 17. Juni) und gegen "neonazistische Vereine" ist sie deswegen, weil diese "gegen die Unabhängigkeit und staatliche Souveränität Österreichs" hetzen, was "im Widerspruch zu den Interessen Österreichs(??), seiner Unabhängigkeit und Neutralität(?) und vor allem auch unserer(?) demokratischen Einrichtungen" steht. (aus dem Aufruf des 'Initiativkomitees', 'Volksstimme', 15.6.1978)
Wer sich nicht auf diese Grundlagen stellt kommt nicht in die Aktionseinheit mit der KPÖ!

Für die KPÖ ist der antifaschistische Kampf jedenfalls kein antikapitalistischer und vor allem keiner gegen den kapitalistischen Staat Österreichs.

Indes, der Demokratismus der KPÖ hört vor der Arbeiterdemokratie auf, also gerade dort, wo er für Kommunisten beginnen sollte. KPÖ und KSV behinderten jede Propaganda anderer antifaschistischer

Organisationen. Während wir auf der Linzerstrasse die einzigen waren, die in einem Flugblatt für die Solidarität mit den iranischen Genossen agitierten, wurden unsere Verteiler von KSV-Ordnern angepöbelt. Einen Maoisten liessen sie am Freitag erst gar nicht reden. An Aktionseinheiten mit Trotzkisten und Maoisten nehmen sie nicht teil.
Das kann für uns selbstverständlich nicht heissen, zukünftig auf die Solidarität mit der KPÖ und dem KSV gegen die staatliche und faschistische Reaktion zu verzichten. Dennoch wird es heissen müssen, verstärkt deren Sektierertum - womöglich gemeinsam mit anderen antifaschistischen Organisationen - zu kritisieren.

FORTSCHRITTE BEI GRM UND MLS

Die letzten Aktionseinheiten haben dabei hoffnungsvolle Ansätze gezeigt. Die GRM ist heute mehr bereit, gegen den Faschismus aktiv zu werden. Nicht so wie noch vor einigen Monaten, ruft sie heute zu Bündnissen für die Verteidigung von Antifaschisten auf, die vor Gericht stehen. Die MLS arbeitete in der letzten Zeit mit 'Trotzkisten' zusammen und, wie aus den Ausführungen ihrer Vertreter hervorgeht, würde sie das auch mit dem KSV tun! Sie unterschrieb vor kurzem ein Flugblatt, in dem zur Solidarität mit dem Genossen Grassl von der KPÖ aufgerufen wird, der zu einer unbedingten Strafe von S 4 100.- oder 20 Tagen Arrest verurteilt worden war.

GRM und MLS haben in den letzten Aktionseinheitssitzungen akzeptiert (bei der GRM im krassen Gegensatz zum Vorjahr), dass die Verbotsforderung nicht Grundlage einer Aktionseinheitspolitik gegen den Faschismus sein kann. Ein wesentlicher Fortschritt besteht darin, dass sie den Kampf gegen den Faschismus mit dem Recht einer jeden antifaschistischen Organisation verbinden, Kritik zu üben und ihre eigene Propaganda zu betreiben.

WAS BEDEUTET DIE "NEUORIENTIERUNG" DER GRM?

Dennoch verfährt die GRM hier einigermassen zweigleisig und opportunistisch. Im Zuge ihrer "Neuorientierung" auf die Sozialdemokratie will sie offensichtlich gemeinsam mit SP-Jugendorganisationen eine Trennungslinie zu jenen antifaschistischen Kräften ziehen, die der Verbotslogik nicht zustimmen. Statt die Falschheit zu kritisieren, wenn sich etwa die SJ auf das Verbot rechtsextremer Organisationen festlegt , passt sie sich an: "In einzelnen Fällen wird es auch realistisch erscheinen, unmittelbare Handlungsaufforderungen an die SP zu richten: Man hat am Beispiel der Forderung nach dem Verbot der ANR(!) gesehen, welche stimulierende Wirkung davon für gegenüber der Politik des Parteivorstandes kritische Stimmen in der SP ausging(?)." (Diskussionsbulletin Nr. 1, GRM-Beitrag)

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass das Verhalten der GRM in den letzten Aktionseinheiten bloss ein Zugeständnis an die SOAK und an uns war, dass die GRM-Führung den Gedanken einer breiten Aktionseinheit, die nur auf der Grundlage: "KAMPF DEM FASCHISMUS" möglich ist, gar nicht ernst nimmt. Schon heute spekuliert sie mit privilegierten Bündnissen mit SJ u.a., um diese gegen den Parteivorstand der SPÖ "zu stimulieren". (Selbstverständlich lehnen wir Aktionseinheiten mit SP-Jugendorganisationen nicht ab!) Die SOAK gab der GRM bereits die einzig richtige Antwort: Die Verbotsforderung bezeichnete sie "als Illusionen fördernd, statt Antwort auf die wirklichen Probleme gebend."

Der 17. Juni in Frankfurt

Am 17. Juni pflegen die Faschisten von NPD und anderen rechtsradikalen Gruppen traditionell ihr "Deutschlandtreffen" in Frankfurt abzuhalten. Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, dass gleichzeitig militante faschistische Gruppen Personen und Einrichtungen der Linken und der Arbeiterbewegung terrorisieren und angreifen. In den letzten Jahren war es nie gelungen, die Faschisten ernsthaft daran zu hindern, geschweige denn, ihre Kundgebung zu unterbinden.

In altbekannter Manier bildeten die reformistischen Organisationen VVN, DKP, Jusos, Soz. Büro und diverse "demokratische" Organisationen ein Bündnis, um in der Innenstadt moralisch gegen den Faschismus und seine Greuel zu protestieren und an den bürgerlichen Staat zu appellieren, er möge doch bitte die Neo-Nazis und ihren Aufmarsch verbieten. Dieses reformistische Bündnis lehnte mit geradezu unglaublichen Zynismus eine Aktionseinheit mit der Linken (GAD, KB, SAG/Rote Panther, Spartacusbund und andere Antifaschisten) ab: Sie seien nicht in der Bevölkerung verankert, sie seien zu spät gekommen, man könne nicht zusammenarbeiten, da die Organisationen Gewalt gegen die Faschisten 'efürworten, man kenne ja die Trotzkisten usw.

Am 17. Juni, 14 Uhr begann die Stunde der Wahrheit für DKP und SPD. Sie sind so stark in der Bevölkerung verankert, dass sie ihre pazifistischen Reden vor ca. 5oo Kundgebungsteilnehmern halten konnten. Währenddessen zog die Linke mit ca. 8ooo Demonstrationsteilnehmern an den Reformisten vorbei und besetzte den Römer, auf dem die Nazis ihre Kundgebung abhalten wollten. Doch schon zu diesem Zeitpunkt zeigte sich die Halbherzigkeit, Unentschlossenheit und Ratlosigkeit der Aktionseinheit der Linken, die sich nicht dazu durchringen konnte, einen Plan auszuarbeiten, wie der Römer militärisch gegen Polizei und Faschisten abgesichert werden könne. Die Forderungen des Spartacusbundes blieben in der Aktionseinheit weitgehend unberücksichtigt. Die Transparente und das Podium der NPD wurden lediglich in Einzelaktionen mit Farbbeuteln und Schlagstöcken beworfen, anstatt sie durch eine organisierte Massenaktion niederzureissen noch während das Kräfteverhältniss zwischen bürgerlichen Staat und der Masse günstig war. Somit gelang es der Polizei auch immer wieder in Ausfällen einzelne Demonstranten krankenhausreif zu schlagen. Insgesamt musste die Linke ca. 6o schwere Verletzungen hinnehmen, von den leichteren Blessuren ganz zu schweigen.

Schliesslich gelang es der Polizei auch, die leicht in Panik geratene Masse mit äusserster Brutalität (Schlagstöcken, Wasserwerfern mit Tränengas) vom Römer zu vertreiben und zersplittert durch die gesamte Innenstadt zu jagen. Die Linke wehrte sich verzweifelt, aber selbst Barrikadenbau und massiver Wurfeinsatz von Pflastersteinen konnte nicht verhindern, dass die Staatsmacht schliesslich den Römer abriegeln konnte, um den Faschisten den Weg zu ebnen. Aufgrund der unerwartet grossen Zahl von Antifaschisten gelang es aber doch noch, die Absperrungen am Römer zu belagern, sodass eine Auseinandersetzung mit der ankommenden braunen Pest unausweichlich geworden wäre. Der bürgerliche Staat war somit gezwungen, die faschistische Demonstration aufzuhalten, ihre Kundgebung am Römer zu verbieten und sie an ihrem Sam-



Faschistische Demonstranten in Frankfurt

melpunkt am Rande der Stadt zurückzuschicken. Sehr schnell wurde dies auch der Linken über einen spontan laufenden Kurierdienst bekannt, sodass es noch möglich war, die inzwischen von starken Polizeikräften geschützte NPD-Kundgebung empfindlich zu stören. Bei dieser Gelegenheit zeigte die bewaffnete Staatsmacht sehr deutlich, auf wessen Seite sie steht. Obwohl faschistische Kundgebungsteilnehmer Steine gegen uns warfen, ging die Polizei nicht vor, sondern knüppelte als Verstärkung des braunen Terrors auf verschiedene antifaschistische Demonstranten ein. In aller Eile beendeten die Nazis ihre Kundgebung, schäumend vor Wut über ihr verhindertes Auftreten in der Stadt Frankfurt. Aber selbst die Abfahrt der Busse konnte nicht reibungslos verlaufen. Sie wurden mit einem Steinhagel bombadiert, wobei die Omnibusscheiben zu Bruch gingen und den Nazis der Angstschweiss auf der Stirn sass.

Im grossen und ganzen kann man sagen, dass trotz der äusserst miserablen politischen und organisatorischen Vorbereitung ein Erfolg gegen die Faschisten errungen wurde. Dies ist eindeutig auf die grosse Zahl der militanten Antifaschisten zurückzuführen und bestätigt wieder einmal, dass aufkeimende faschistische Bewegungen und Gruppen nur durch die geschlossene Front der Arbeiterbewegung zerschlagen werden können, ohne dem bürgerlichen Staat auch nur ein Jota Vertrauen zu schenken.

Für den Spartacusbund wird es jetzt darauf ankommen, der Linken anhand dieser antifaschistischen Aktion den Weg aufzuzeigen, wie der staatlichen Repression begegnet, sowie der faschistische Terror unterbunden werden kann.

Insbesondere den Arbeitern, die heute noch dem Reformismus stalinistischer und sozialdemokratischer Prägung vertrauen, kann am Beispiel des 17. Juni 1978 aufgezeigt werden, dass nicht pazifistische Reden und Vertrauen auf den bürgerlichen Staat und seine Gesetze die Antwort sein kann, sondern nur das Vertrauen auf die eigene Kraft und das Aufstellen von militärisch ausgerüsteten Arbeitermilizen, die wirkungsvoll die Einrichtungen der Arbeiterbewegung schützen können.

Den linken Organisationen, sowie den Spontaneisten werden wir klar vor Augen führen, dass ihre Halbherzigkeit in der Frage einer geschlossenen militanten Aktion dazu geführt hat, dass der Polizei es gelungen ist, die allergrösste Verwirrung zu schaffen, 6o Demonstranten zum Teil schwer zu verletzen. Für die Zukunft müssen diese konkreten Erfahrungen über eine harte politische Auseinandersetzung verarbeitet werden, um einen gemeinsamen Schutzbündnis einen Schritt näher zu kommen!

TOD DEM FASCHISMUS!

(aus 'spartacus', Nr. 46)



Fortsetzung von Seite I:

FREIHEIT FÜR RUDOLF BAHRO!

hält, werden auch seine falschen Positionen verständlich, die in dem Buch enthalten sind.

Trotz mancher Fehler, gelangte Bahro zu der wichtigen Erkenntnis, dass sich dem historischen Fortschritt ein riesiges, bleiernes Hindernis entgegenstellt - die stalinistische Brüokratie. Bahros Buch - das kann ohne Übertreibung gesagt werden - stellt die theoretisch entwickeltste, eigenständigste Kritik am Stalinismus, seit der Ausrottung der Linksopposition auf dem Boden eines deformierten Arbeiterstaates dar.

Sein 'Verrat' soll nun darin bestanden haben, sein Buch in einem westdeutschen Gewerkschaftsverlag veröffentlicht zu haben. Ein Vorgehen, dass staatstreue DDR-Autoren seit Jahre praktizieren. Erst nachdem Bahro vergebens versucht hatte, einen DDR-Verlag für sein Buch zu gewinnen, entschloss er sich zu diesem Schritt, den heute die stalinistische Bürokratie als Vorwand für seine Verurteilung benutzt.

Die Unsicherheit der SED-Bürokratie, ihre berechtigte Sorge diesen Fall nicht 'glatt' über die Bühne zu bekommen, widerspiegelt sich auch in der Entwicklung, die die Gerüchte über Bahros Schicksal nahmen. Zuerst völliges Totschweigen. Niemand wusste, wo Bahro sich befand und ob er überhaupt noch lebte. In Berlin und Frankreich bildeten sich Bahro-Komitees, denen es gelang, zahlreiche Persönlichkeiten (wie Satre), aber auch KP-Mitglieder, wie den Franzosen Elleinstein und den Italiener Radice für den Plan zu gewinnen, ein Komitee zusammenzustellen, das an die DDR-Behörden die Forderung hätte richten sollen, beim Prozess gegen Bahro anwesend zu sein. Damit wäre für die stalinistische Bürokratie eine sehr peinliche Situation entstanden und sie hätte Schwierigkeiten gehabt, den Prozess ohne Pannen abzuwickeln. Darauf - offensichtlich bewusst von DDR-Seite lanciert - verdichteten sich die Gerüchte, dass Bahro in den Westen abgeschoben werden würde. Noch 4 Wochen vor dem Prozess konnte man in der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung' lesen: "Die Haftentlassung und Ausreise des DDR-Regimekritikers Rudolf Bahro in den Westen steht unmittelbar bevor." Ebenso verdichteten sich aber die Gerüchte, dass Bahro sich seiner Ausweisung vehement widersetzen würde. "Sollten ihn die DDR-Behörden ausweisen, so müssen die ihn wohl über die Grenze tragen, freiwillig geht Bahro nicht" hiess es im Bahro-Komitee in West-Berlin.

Diese Nachricht fügt sich in das Gesamtbild, dass wir von dem Genossen haben. Alles deutet darauf hin, dass er sich auf seine Verhaftung und die Illegalisierung seines Buches sorgfältig vorbereitet hat. Es ist offensichtlich, dass der Genosse bereit ist, persönliche Diffamierungen, Entwürdigungen und jahrelangen Kerker auf sich zu nehmen und sich dem Kampf mit der Bürokratie zu stellen. Seine Ablehnung der Ausreise in den Westen muss als Versuch gewertet werden, die Bürokratie zu einer offenen Entscheidung zu zwingen. Bahro ist offensichtlich entschlossen, für die Legalisierung seines Buches und damit überhaupt für legale Möglichkeiten einer kommunistischen Opposition zu kämpfen.

Doch mit der Verurteilung hat die Bürokratie das "Problem Bahro" nicht aus der Welt geschafft. im Gegenteil, es zieht immer weitere Kreise. Schon jetzt soll eine illegale Übersetzung seines Buches ins tschechische existieren und eine polnische soll in Vorbereitung sein. Schon heute kann man von einer ideologischen Bahro-Strömung in Europa sprechen.
Für Renate Dahmus etwa - Theoretikerin des 'Sozialistischen Büros' in Sachen deformierter Arbeiterstaaten - stellt Bahros Buch die marxistische Analyse der deformierten Arbeiterstaaten überhaupt dar. Eine ähnliche Stellung nimmt auch die italienische 'il manifesto'-Gruppe ein. Noch stärker muss Bahro natürlich auf die Opposition in diesen Staaten selbst wirken, für sie muss er sowohl ideologisch als auch moralisch einen Auftrieb bedeuten.

Die Unsicherheit der Stalinisten spiegelt sich - wie könnte es auch anders sein - auch in der 'Volksstimme' wieder. Während diese 'Kommunisten' zumindest auf ihre Art und Weise auf die laufende Kampagne gegen die Verurteilung der Dissitenten in der UdSSR antworten, waren sie unfähig zu Bahro auch nur eine Zeile zu veröffentlichen. Selbstverständlich schreckten sie auch vor einer Stellungnahme zu Bahros Buch zurück. In einer 'hellen Stunde' müssen diese Herrschaften begriffen haben, dass Bahro für sie politisch, menschlich und moralisch eine Nummer zu gross ist. Ausserdem, einen Menschen, der seitenlang zustimmend Marx und Lenin zitiert als Antikommunisten hinzustellen, hätte doch einige Schwierigkeiten verursacht. Am I2. 7. meldete sich überraschend H. K. mit einer dürren Glosse zu Wort und ging dabei den einzig für ihn gangbaren Weg. Da die Moskau-Stalinisten völlig unfähig sind, sich politisch mit Bahro auseinanderzusetzen und ihn, aufgrund der uninteressierten Haltung der bürgerlichen Presse, nicht einmal glaubhaft als Liebkind des Imperialismus hinstellen können, erklärte H. K. frech: Bahro sei ein völlig unpolitischer Fall, ein kleiner Spion, wie es ihn wohl in jedem Land der Welt geben würde. Als Zeugen für diese These führt H. K. die Illustrierte 'Stern' an! Jetzt, wo die KPÖ-Bonzen in Schwierigkeiten geraten, greifen sie dankbar die letzten Abfälle der bürgerlichen Journaille auf. Die Logik dabei ist wirklich 'überzeugend'. H. K. geht offensichtlich nach dem Motto vor: Was in den bürgerlichen Medien antikommunistisch ist und was nicht, bestimmen allein wir! So geht es natürlich auch.

Mit der Verurteilung des Genossen Bahro hat die Bürokratie das Problem nicht aus der Welt geschaffen. Ihre politische und moralische Verkommenheit wird durch dieses Schandurteil grell beleuchtet. Es ist zu befürchten, dass Bahro fertig gemacht werden soll. Die Mitteln sind diesen Herrschaften nicht fremd. Und warum sollen die 'Selbst'morde von Stuttgart-Stammheim kein Gegenstück im Osten finden? Es ist die Aufgabe der Linken, diesen Figuren einen Strich durch



Solidaritätsveranstaltung für R. Bahro in West-Berlin mit Mandel

die Rechnung zu machen. Wir müssen verhindern, dass die Bürokratie die Zeit für sich arbeiten lässt. Sie weiss, dass Bahro keine 'Gönner' im imperialistischen Lager finden wird. Solidarität mit dem Genossen Bahro schliesst auch sorgfältige Kritik an seinen Thesen ein. Gerade weil der Genosse in vielen Punkten so nahe an die trotzkistische Position zu den deformierten Arbeiterstaaten herankommt, war und ist es unsere Aufgabe, seine falschen Positionen zu widerlegen, um seine richtigen Gedanken umso deutlicher hervortreten zu lassen. Diese Aufgabe ist keine rein literarische.

Es wurde kurz angedeutet, welch gewaltige ideologische Lawine Bahro mit seinem Buch losgetreten hat. In den kapitalistischen Ländern ist das leicht nachvollziehbar. Wir können heute noch kaum abschätzen, welche Bedeutung Bahro für die bestehende und kommende kommunistische Opposition in den 'Arbeiterstaaten' haben wird. Es geht bei der Solidarität mit Bahro schliesslich auch darum, den Grundstein für diese marxistische Opposition zu legen (bzw. ihn zu erweitern) und die politische Revolution ideologisch und praktisch vorzubereiten.

Und wenn die Arbeiterklasse die stalinistische Bürokratie hinwegfegen wird, wird dieser Kampf untrennbar mit einem Namen verbunden sein: Mit dem des mutigen Kommunisten Rudolf Bahro, für den sich dann die Tore zur wirklichen Freiheit öffnen werden!

Bahros Echo

D1818C

was tun

Wochenzeitung der Gruppe Internationale Marxisten

Mandel leitete die Diskussion in der 'was tun' ein ("Rudolf Bahros 'Alternative'", in 'was tun' Nr. 176, 22.9.77) und - um es vorwegzunehmen - sind wir der Meinung, dass Mandel in allen wesentlichen Punkten gegenüber seinen Kontrahenten Klinger/Reinstein (im folgenden K. /R.) theoretisch im Recht ist. (Klinger/Reinstein: "Bahro - am Rande des revolutionären Marxismus? - Randglossen zu E. Mandels Antwort auf R. Bahro" in 'was tun' 189/90, 22.12.77). Allerdings stösst Mandel erst durch die Erwiderung K. /R.'s bei denen sich alle Schwächen Bahros in konzentrierter und überspitzter Weise finden, zu einer grundsätzlichen Kritik an Bahro und K. /R. vor.

Eine ernsthafte Kritik an Bahro muss dessen grundsätzlichen methodischen Fehler in den Mittelpunkt stellen und seine übrigen Fehlurteile dazu in Beziehung setzen. Das heisst, die Kritik muss ansetzen bei Bahros überhistorischer Parallele des "real existierenden Sozialismus" mit den Gesellschaften der Asiatischen Produktionsweise, seiner Ausklammerung des imperialistischen Weltmarktes aus der Analyse - was bei Bahro zur Folge hat, dass er sich methodisch auf den Boden der Theorie vom "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" stellt. Dieser grundsätzlich falsche Ansatzpunkt Bahros, nämlich von der nationalen "Reife" bzw. "Unreife" eines Landes für den Sozialismus auszugehen, statt die "Überreife" des internationalen imperialistischen Weltsystems für den lyse des "real existierenden Sozialismus" zu machen, ist der Kern einer marxistischen Kritik an Bahro, der auch den Schlüssel für die übrigen Fehler und die progressiven Ansätze bei Bahro liefert.

Mandels erste Bahro-Kritik ist in diesem Sinne völlig oberflächlich. Mandel zählt lediglich die ihm richtig erscheinenden Positionen Bahros (korrekt) auf, stellt sie nebeneinander, ohne sie in ein analytisches Ganzes einzuordnen.

K. /R. haben diese Schwäche Mandels erster Kritik auch prompt erkannt und können deshalb zurecht einwenden: "Es ist daher höchst unergiebig und für ein Begreifen vernebelnd, wenn Mandel mit keiner Silbe auf das theoretische Fundament der Bahro'schen Argumentation eingeht, es sorgfältig ausspart, um auf Nebengleisen die Auseinandersetzung zu führen." Sorgfältig unterteilt Mandel Bahro in einen "guten" und "schwachen".

Zunächst Mandels positive Bilanz: "Zum ersten, weil Bahro ein wirklicher Internationalist ist, dem jede 'nationalkommunistische' Schranke fremd bleibt.... Zum zweiten, weil Bahro ein wirklicher Kommunist ist, der sich dauernd auf die Ziele des Kommunismus besinnt und der die Mittel-Zweck-Dialektik voll und ganz erkannt hat... Zum dritten, weil Bahro ein wirklich geschulter Marxist ist, der das klassische marxistische begriffliche Instrumentarium bei der Analyse der Sowjetgesellschaft bzw. der Gesellschaft der DDR benutzt."

Und dann der "schwache" Bahro: "Bahro reduziert...plötzlich den Begriff der bürokratischen Herrschaft auf jenen Teil der Politbürokratie, die es zu stürzen gilt...Eng mit dieser ungenauen Bestimmung des Bürokratie-Begriffs hängt die Frage nach dem revolutionären Subjekt der bürokratisierten Übergangsgesellschaft zusammen. Er zweifelt-...an der Fähigkeit der osteuropäischen Arbeiterklasse... politisch klassenbewusst zu werden... Stellenweise folgert er sogar daraus eine ähnliche Unfähigkeit der westlichen Arbeiterklasse...was ihn zu einer positiven Einstellung zum Revisionismus der 'Eurokommunisten' - wenigstens im Ansatz - verleitet... Dieser Schwankung entspricht ein Zögern zwischen Reform und Revolution im Ostblock."
"Die Einschätzung der notwendigen (und deshalb fortschrittlichen) Rolle der Bürokratie ist bei Bahro verknüpft mit einem eigentümlichen Staatsverständnis, worin der Staatsapparat nicht nur im Osten, sondern sogar im Westen als notwendiger Agent der gesellschaftlichen Reproduktion hingestellt wird..." Und
"schliesslich gipfeln alle diese Fehler in einer zögernden Haltung zur Gretchenfrage der politischen Revolution: Wer soll die politische Macht ausüben?"
Diese unmarxistische Methode Mandels des

"sowohl-als auch" fordert zum Widerspruch heraus, und berechtigt polemisieren K./R.: "Schulterklopfen dort, wo der Trotzkismus mit Bahro übereinstimmen kann; Kopfschütteln da, wo eine Übereinstimmung auch beim besten Willen nicht mehr unterstellt werden kann. Da eben stellt man (Mandel, Anm.d.R.) die schlichte Abweichung vom revolutionären Marxismus fest."
Wenn man auch den Genossen K./R. zubilligen muss, dass sie sofort die Schwäche des Mandelschen Aufsatzes erkannt haben, so muss man ihre Bahro-Kritik als offen antitrotzkistisch bezeichnen (was sich mit der Mitgliedschaft in der GIM offensichtlich vereinbaren lässt!), mit einem Wort - K./R. stehen voll und ganz (bei Überspitzung der Fehler Bahros) auf dem Boden der stalinistischen Theorie vom "Sozialismus in einem Lande" auch sie betrachten die "Reife" oder "Unreife" einer Gesellschaft für die sozialistische Revolution ausschliesslich vom nationalen Gesichtspunkt.

Ihre (objektivistische) Kernthese ist, dass die sozialistische Revolution in Russland (und nicht nur dort) scheitern musste und die Bürokratie notwendig und fortschrittlich war. K./R. beginnen sofort mit dem, positiv ausgedrückt, alten "Missverständnis" der Gegenüberstellung der internationalen und nationalen Revolution. So schreiben sie: "Aber wie steht es mit dem von Lenin und Trotzki geprägten Begriff von der Aktualität des Sozialismus,und zwar dessen Aktualität nicht im Sinne eines epochalen Veränderungsprozesses im Weltmassstab, sondern im sehr konkreten Sinn der sozialistischen Emanzipation des Menschen hier und heute...?" und "Aber steht dann wirklich der Sozialismus auf der Tagesordnung, 'konkret' und nicht im Weltmassstab ?"

Dazu zweierlei: Erstens ist der Begriff der "Epoche" bei Lenin und Trotzki weniger ein zeitlicher als ein politischer Begriff, nämlich, dass in der "Epoche" des Imperialismus die Möglichkeit und Notwendigkeit einer internationalen sozialistischen Revolution besteht und zwar durchaus in dem Sinne eines "hier (überall) und heute"; zweitens steht der Sozialismus selbstverständlich "konkret" nur im Weltmassstab auf der Tagesordnung, eine vollständige Verwirklichung des Sozialismus auf nationaler Ebene ist weder "abstrakt" noch "konkret" möglich. Dies beinhaltet auch, dass sich die Möglichkeiten zur Machtergreifung des Proletariats im Weltmassstab ungleichzeitig entwickeln.

K./R. gehen hier dem alten stalinistischen Taschenspielertrick auf dem Leim, die Diktatur des Proletariats und die Legung wesentlicher Elemente für den Sozialismus - die selbstverständlich im nationalen Rahmen begonnen werden können und müssen - mit der vollständigen Verwirklichung des Sozialismus in einen Topf zu werfen. Aber K./R. werden hier vermutlich einwenden, dass sie sich nur ungeschickt ausgedrückt haben, dass es ihnen vor allem darum geht, anzuzweifeln, ob eine sozialistische Revolution überhaupt möglich war. Mit ihren Worten: "...warum mussten (!) bislang alle (!) historischen Versuche der Menschheit scheitern, eine sozialistische Revolution ... zustande zu bringen?" (Hervorgeh. i. O.)

Uns drängt sich die Vermutung auf, dass K./R. davon ausgehen, die Oktoberrevolution sei eine bürgerliche gewesen. Im folgenden sinken die Genossen auf ein theoretisches Niveau ab, das für Genossen, die sich als Trotzkisten verstehen (??) geradezu skandalös ist. Es ist kaum zu glauben, aber sie schreiben: "Das Problem liegt vielmehr gerade da, wo vor allem Trotzki, aber auch Lenin ...ein spezifisch westeuropäisches Verständnis des revolutionären Prozesses und dessen Voraussetzungen besassen und auch umsetzten. Sie unterstellten implizit einen vorhandenen, westeuropäischen Kapitalismus in Russland (ohne den man ja den Sozialismus nicht so ohne weiteres auf die Tagesordnung hätte setzen dürfen!)..."
Wir sind gerne bereit, K./R. einige Meter Schriften von Lenin und Trotzki anzugeben, aus denen hervorgeht, dass ihre entscheidende Leistung innerhalb der II. Internationale darin bestand, durch umfangreiche Untersuchungen des Klassencharakters des zaristischen Russlands, die besonderen Inhalte, Kampfformen und Losungen der Revolution in Russland, eingebettet in eine internationale Revolution, herausgearbeitet zu haben, d.h. sie traten an Russland nicht mit den westeuropäischen sozialdemokratischen Schemata heran.
Aber es kommt noch dicker: "...sie (Lenin und Trotzki) unterstellten die Möglichkeit der klassischen (?) Diktatur des Proletariats, die doch gerade eine vollentwickelte Arbeiterklasse <u>als überwältigende Mehrheit der Bevölkerung</u> zur gebieterischen Bedingung hat." (Hervorgeh. v. uns)

Wenn die Diktatur des Proletariats nur möglich wäre, wenn die Arbeiterklasse die zahlenmässige Mehrheit der Bevölkerung bildet, so wäre sie auf diesem Planeten (fast) nirgends zu verwirklichen - unsere Arbeit wäre vergebliche Liebesmüh', wir sollten uns für "alternatives Leben" entscheiden. Hinter dem Mehrheitsbegriff von K./R. steckt blanker Elektoralismus (Wahlfetischismus), ihr Mehrheitsbegriff ist kein politischer, sondern ein arithmetischer.
Es kommt keineswegs darauf an, dass das Proletariat die zahlenmässige Mehrheit der Bevölkerung bildet, worauf es ankommt, ist (neben subjektiven Faktoren), dass das Proletariat durch seine Stellung im Reproduktionsprozess der Gesellschaft, seiner Konzentration im kapitalistischen Betrieb, seiner regionalen Zusammenballung, seiner inneren Homogenität etc., ein entscheidendes gesellschaftliches Übergewicht erhält und dass in der Revolution selbst die Arbeiterklasse wichtige Teile des Kleinbürgertums gewinnt oder neutralisiert und zum richtigen Zeitpunkt am strategisch wichtigen Ort die Mehrheit der Arbeiterklasse in den Kampf geführt wird. Jeder andere Mehrheitsbegriff ist pseudodemokratisches Gewäsch.

Hinter den Aussagen von K./R. verbirgt sich nicht nur, dass das russische Proletariat nicht mehr als Teil der internationalen Arbeiterklasse verstanden wird, sondern die grenzenlose Arroganz des gebildeten Mitteleuropäers gegenüber den 'russischen Kulturbanausen', sprich: der "unreifen russischen Arbeiterklasse" und "dem analphabetischen Bauern". Denn so argumentieren sie: "...wäre diese 'Demokratie' einer verschwindenden Minderheit, eben der so revolutionären wie unreifen russischen Arbeiterklasse, überhaupt logisch (?!) denkbar gewesen?... Der Hase liegt dort im Pfeffer, wo der analphabetische Bauer zum ersten Mal ans Fliessband geschleudert wird und nun über die Ausgestaltung des Betriebsplanes 'mitentscheiden' darf..."

Das Problem der Selbsttätigkeit der Massen reduziert sich für K./R. in typisch stalinistischer Manier auf Bildung und materiellen Reichtum (was selbstverständlich ein äusserst wichtiger Punkt ist).
Die politische Reife des russischen Proletariats überstieg jedoch bei weitem die der westeuropäischen Arbeiterklasse - obwohl sie "kulturbanausisch", arm und zum Teil analphabetisch war.

In ähnlicher Weise zeigen K./R. ihr Unverständnis über den Charakter der internationalen Revolution: "Dann auf die Rolle der Oktoberrevolution als Initialzünder für die Umwälzung des westlichen Kapitalismus zu setzen, zeigt einerseits das klare Bewusstsein der russischen Revolutionäre darüber, im Zweifelsfalle an ihrer eigenen Unterentwicklung zugrunde gehen zu müssen. Andererseits verschiebt sie nur das eigentliche (!) Problem: sie reduziert die Überlebenschance einer (!) sozialistischen Revolution in einem unterentwickelten Land auf das (zweifellos wichtige) Problem der Anhebung der materiellen Produktivkräfte von aussen."

Die internationale Revolution reduziert sich bei K./R. (und nicht bei den Bolschewiki) auf gegenseitige materielle Hilfe (wiederum eine gedankliche Verwandtschaft mit dem Stalinismus). K./R. bemerken gar nicht, dass die Ausdehnung der Oktoberrevolution auf den "westlichen Kapitalismus" mit einem Schlag die Lösung aller Probleme der Menschheit möglich gemacht hätte (ungehemmte Entfaltung der Produktivkräfte, Beseitigung von Kolonialismus, Krieg, Faschismus, Umweltzerstörung, psychische Verelendung, Armut etc.).

Die nationalbornierte Sichtweise K./R. stösst besonders unangenehm auf, wenn sie die Rolle der herrschenden Bürokratie betrachten (auch hier wieder eine Verwandtschaft mit sogenannten "kritischen" Stalinisten und/oder linken Sozialdemokraten). Völlig zurecht fragt Mandel polemisch: "Ist die bürokratische Diktatur historisch unvermeidlich, ist sie dann nicht auch fortschrittlich?"
Darauf antworten K./R. kaltschnäuzig (und mit Bahro - aber nicht so differenziert wie dieser): "...dass die Bürokratie diese notwendige Funktion des historischen Katalysators innehatte. Und in diesem Sinne sei sie so 'fortschrittlich' gewesen, wie eben notwendig."

Nun geht es keineswegs darum, was K./R. suggerieren, die Bürokratie an der "sozialistischen Norm" von Marx zu messen, sondern schlichtweg darum, die Funktion der Bürokratie international zu bewerten. Abgesehen davon, dass die Bürokratie nicht der Motor, sondern bestenfalls Gangschaltung und Steuerrad der Industrialisierung war, die auf Basis gleicher Produktionsverhältnisse mit weit weniger menschlichen und materiellen Opfern möglich war, muss diese angebliche "Fortschrittlichkeit" der Bürokratie in Beziehung gesetzt werden zu den mittel-

baren und unmittelbaren Auswirkungen der Herrschaft der Bürokratie für das internationale Proletariat und die internationale sozialistische Revolution. Dies allein ist der letztlich entscheidende historische Masstab zur Beurteilung der Bürokratie. Trotzki schreibt in einem ähnlichen Zusammenhang zur Bewertung der Bürokratie z. B.: "Das politische Hauptkriterium für uns ist nicht die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem oder jenen Gebiet, wie wichtig sie an sich auch sein mögen, sondern vielmehr die Veränderung im Bewusstsein und der Organisation des Weltproletariats, das Wachsen seiner Fähigkeiten, frühere Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erreichen. Nur von diesem Standpunkt aus, und das ist der einzig entscheidende (!), bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltrevolution." (Trotzki, "Verteidigung des Marxismus", Berlin 1973, S. 27)
Die nationalbornierte Denkweise K./R.'s kommt auch zum Ausdruck, wenn sie fragen: "Ob nicht die politische Alternative der Linken Opposition - wäre sie zum Zuge gekommen - angesichts einer Reihe unveränderbarer (?) Bedingungen notwendig auch in der Herrschaft der Bürokratie geendet hätte."
Die politische Alternative der Linken Opposition bestand aber gerade darin, dass ihr Entwicklungsmodell zur Industrialisierung der UdSSR in eine internationale Strategie eingebettet war. Letztlich war die Frage der Entwicklung der Sowjetunion natürlich nicht auf der Ebene alternativer Industrialisierungsmodelle (so wichtig sie waren) zu entscheiden. Wenn die Linke Opposition "zum Zuge gekommen wäre", wären jedoch der internationalen Arbeiterbewegung mit grosser Wahrscheinlichkeit entscheidende Niederlagen (1926 England, 1927 China, 1933 Deutschland etc.) erspart geblieben und damit die objektiven Bedingungen (K./R. sprechen trickreich von "unveränderbaren Bedingungen") auch innerhalb der Sowjetunion wesentlich verändert worden. Ihre nationalbornierte Herangehensweise hätte K./R. ebensogut fragen lassen können: Ob nicht die politische Alternative der Linken Opposition, wäre sie zum Zuge gekommen und hätte sie sich auf den Boden der Theorie vom Sozialismus in einem Lande gestellt, notwendig auch in der Herrschaft der Bürokratie geendet hätte? Der Blödsinn einer solchen Fragestellung liegt offen zu Tage.

Für K./R. ist aber kein Argument abgedroschen genug, als dass es sich nicht wieder auftischen liesse. Für sie stellt sich Trotzkis Theorie als unauflösbarer Widerspruch dar: "Wie kann die Bürokratie, die sich zur herrschenden Macht aufgeschwungen hat, als den gesellschaftlichen Verhältnissen (Staatseigentum, Plan etc.) wesensfremd, als ein parasitäres Gebilde aufgefasst werden, wenn sie doch - nach seinen eigenen Aussagen - in eben diesen Verhältnissen ihre sozialen Wurzeln findet?"

Wir erwidern darauf, dass die Bürokratie ihre Wurzeln findet im Widerspruch zwischen den weiter (als im Kapitalismus) entwickelten Produktionsverhältnissen und der Rückständigkeit der Produktivkräfte (dem entspricht auf anderer Ebene der Widerspruch zwischen nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlichen Verteilungsverhältnissen, siehe dazu auch "Engels, Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft", Marx-Engels-Werke, Bd. 20, S. 138) der wiederum nur Ausdruck der andauernden nationalen Isolierung der sowjetischen Gesellschaft ist. Die Bürokratie ist sowohl den herrschenden Produktionsverhältnissen wesensfremd und findet zugleich eine Wurzel in der Rückständigkeit des Landes, dem allgemeinen Mangel, kurz der Unterentwickeltheit der Produktivkräfte.

Mit einem weiteren Missverständnis K./R. muss aufgeräumt werden, einem Missverständnis, an dem die Trotzkisten durch eine oft vereinfachende Darstellung allerdings nicht ganz schuldlos sind. K./R. zitieren Trotzki: "... insoweit als die Frage des Sturzes der parasitären Oligarchie noch verknüpft bleibt mit der Erhaltung des nationalisierten (Staats)Eigentums, bezeichnen wir die zukünftige Revolution als eine politische." Nun ist zwar richtig, dass hier ein entscheidender Unterschied zur sozialen Revolution im Kapitalismus besteht, die eine Umwälzung aller Produktionsverhältnisse mit sich bringt, aber die politische Revolution reduziert sich keinesfalls, wie K./R. annehmen auf ein "schlichtes Auswechseln der politischen Herrschaft", die Zerschlagung des despotischen Überbaus. Wenn wir sagen, dass in der politischen Revolution die grundlegenden Produktionsverhältnisse nicht verändert werden, so schliesst dies nichtsdestotrotz eine radikale Zerschlagung der bürokratischen Planwirtschaft und ihre Umwandlung in eine sozialistische ein, z. B. andere Prioritätensetzung, Neuverteilung der Investitionen, Neustrukturierung des Arbeitsprozesses, gezielte Überwindung der kapitalistischen Technologie, Änderung der Gebrauchswertstruktur, soziale Nivellierung und auch Zurückdrängung der Arbeitsteilung.

Die Zusammenballung und Überspitzung aller Schwächen Bahros bei K./R. zwang Mandel zu einer zweiten Bahrokritik. Nach seinem "Sammelsurium" im ersten Artikel stösst Mandel jetzt zum Kern vor und zieht seine Kritik am Punkt "Permanente Revolution kontra Sozialismus in einem Lande" auf. Wir stimmen hier Mandel im grossen und ganzen zu und wollen auf eine Darstellung seiner Kritik verzichten, da er hier einen ähnlichen Argumentationsstrang verfolgt wie wir in unserer ersten Bahrokritik ('Spartacus' Nr. 38, Oktober 1977). Einen Punkt jedoch, den wir selbst in unserer Kritik vernachlässigt haben, wollen wir hier von Mandel zustimmend zitieren - es geht um die Frage der vertikalen Arbeitsteilung als Grundlage der Bürokratie bei Bahro, Mandel schreibt:

"Wenn man glaubt, dass die vertikale Arbeitsteilung automatisch zu diesem bürokratischen Machtmonopol führt, wenn man annimmt, das dieses Machtmonopol letzten Endes in dem ungenügenden Stand der industriellen Arbeitsproduktivität wurzelt ..., wenn man weiterhin folgert, dass die Bürokratie fähig ist, die vertikale Arbeitsteilung ... zu zementieren ... dann sieht man nicht ein, wie eine Gesellschaft 'assoziierter Produzenten' überhaupt je entstehen könnte ... Marx und Engels (haben) mehrmals wiederholt, dass mit der modernen Grossindustrie die objektiven und subjektiven Wurzeln für die vertikale Arbeitsteilung entfallen ... Es handelt sich darum, politisch-gesellschaftliche Machtverhältnisse herzustellen, worin die vertikale Arbeitsteilung abstirbt ..."



NATO raus aus Afrika!

Die Intervention belgischer Fallschirmjäger und französischer Fremdenlegionäre Mitte Mai in Zaire hat deutlich gemacht, was für die imperialistischen Staaten auf dem Spiel steht: Der Erhalt von riesigen Extraprofiten v. a. aus der Bergbauprovinz Shaba, sowie die politische Stabilität des Mobuto-Regimes.

Die Shaba-Region (früher Katanga) ist sehr reich an Rohstoffen wie Kupfer, Kobalt und Mangan, sie bildet den wirtschaftlichen Mittelpunkt des Kongogebietes.
Die Kapitale der USA, Belgiens, Frankreichs und der BRD plündern den grössten Teil dieser Rohstoffe aus - der natürliche Reichtum dieser Region für einige imperialistische Länder, während der grosse Teil der zairischen Bevölkerung in grosser Armut lebt. Selbst die bürgerliche Presse spricht von "Hunger und Desorganisation unter der Bevölkerung."

Die 1968 gegründete FLNC (Nationale Befreiungsfront des Kongo) geniesst mit ihren Aktionen gegen das korrupte und verhasste Mobuto-Regime offenbar Sympathie bei dieser Bevölkerung. Da die Truppen Mobutos unfähig waren, die Angriffe der FLNC zurückzuschlagen, ist es klar, dass alle imperialistischen Staaten, die in Shaba etwas zu verlieren haben, früher oder später in einer 'geeigneten Form' intervenieren würden. "Verlieren" nicht nur im ökonomischen Sinn: die Aufrechterhaltung des Staates Zaire und damit seines kolonialen Status ist den Imperialisten Voraussetzung für ihre ökonomischen Geschäfte. Eine Enteignung ihres dort angelegten Kapitals würde sie empfindlich treffen.

Bereits vor einem Jahr griffen marrokanische Truppen, die mit französischen Flugzeugen eingeflogen wurden, Mobuto unter die Arme. Dieser findet bei den Imperialisten wegen seiner Unfähigkeit und Vetternwirtschaft nicht das ungeteilte Vertrauen, sein Regime wird aber gestützt, da eine mögliche Alternative nicht in Sicht ist.

Doch nicht nur auf militärischem Gebiet machen sich die Imperialisten Sorgen: Die wirtschaftliche Lage Zaires sowie die Staatsfinanzen sind katastrophal: Das Bruttonationalprodukt ist seit 3 Jahren um ca 2O% zurückgegangen, die Inflationsrate wird auf 5O% geschätzt, der Rückgang im Wirtschaftswachstum auf 7%, die Auslandsverschuldung beträgt 8 Mrd. DM. Die Situation wird als explosiv eingeschätzt "wenn nicht schnell etwas unternommen wird".

Die imperialistischen Vertreter auf dem diplomatischen Parkett und am Verhandlungstisch entfalteten hektische Betriebsamkeit:
-Am 3O. 5 fand in Washington eine NATO-Konferenz statt, die ganz im Zeichen Afrikas stand, wo grundsätzliche Einigkeit darüber herrschte, dass in der einen oder anderen Form in Zaire interveniert werden müsse, nur über das WIE war man sich noch nicht ganz einig. Die französische und belgische Intervention wurde grundsätzlich begrüsst.

-Am 5. 6. fand in Paris eine Konferenz statt. auf der Vertreter der USA, Belgiens, Frankreichs und der BRD zusammenkamen. Sie besprachen, wie eine dauernde Truppenpräsenz am besten zu bewerkstelligen sei, da Mobutos Truppen jetzt schon zum zweiten Mal versagt hatten. Langfristiges Ziel ist es, Mobutos Armee aufzurüsten und auszubilden, "um dem inneren und äusseren Feind" selbst entgegentreten zu können. Doch bis dahin will niemand warten:
Belgien und Frankreich machten den Vorschlag einer "panafrikanischen Schutztruppe mit NATO-Unterstützung". Dies hätte für sie den Vorteil, dass das militärische Eingreifen von den anderen afrikanischen Staaten nicht als "Rückfall in den Kolonialismus" angeprangert wird. Der Vorschlag wurde auch vom gegenwärtigen Präsidenten der OAU, Omar Bongo aufgegriffen.

-Eine Woche später (12. 6.) fand das nächste offizielle Treffen in Kopenhagen statt. Auf ein einheitliches Vorgehen bezüglich der logistischen Unterstützung dieser panafrikanischen Armee konnte man sich angeblich nicht einigen. Die BRD will logistische Unterstützung nur gewähren, wenn die EG eine gemeinsame Haltung einnehme. 'Unglücklicherweise' kam aber doch die Information durch die Ritzen der bürgerlichen Presse, dass marrokanische Soldaten, die in Zaire mit amerikanischen Maschinen gelandet waren, die deutschen Unimog-Lastwagen nicht bedienen könnten. Eine geheime Absprache hat also auf jeden Fall stattgefunden.

-Am 13. 6. tagte in Brüssel eine sogenannte Expertenkonferenz. Teilnehmer: Zaire, Belgien, Frankreich, England, BRD, Italien, Niederlande, USA, Kanada, Saudi-Arabien und Japan. Die Konferenz fand unter der 'Obhut' des 'Internationalen Weltwährungsfonds' statt. Nachdem die USA schon jeden weiteren Kredit an Zaire abgelehnt hatten, scheint man sich jetzt zu besinnen: "Die europäischen Staaten und Amerika haben indessen erkannt, dass eine Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in Zaire notwendig sind, um einer Expansion der Sowjetunion durch kubanische Hilfe in Zentralafrika vorzubeugen. Dabei spielt es keine Rolle, ob genaue Informationen über eine kubanische Beteiligung an den jüngsten Ereignissen nachweisbar ist oder nicht. Die Gefahr ist immer latent, und sei es im gefolge innerer Erhebungen wegen der wirtschaftlichen Misere, in der die Bevölkerung lebt."(FAZ, 14. 6. 78)

Mobuto muss aber noch klargemacht werden, dass niemand bereit ist, "weitere Mittel in Zaire zu investieren, wenn nicht für ordnungsgemässe Verwendung gesorgt ist."(FAZ)

Aus dem bisher an die Öffentlichkeit gelangten Fakten lässt sich also zusammenfassen:
a) wirtschaftliche Unterstützung, v. a. Kredite werden an bestimmte Voraussetzungen gebunden, aber wahrscheinlich schnell gewährt: Mobuto soll das Chaos in Wirtschaft und Verwaltung wieder in den Griff bekommen, um "Erhebungen der Bevölkerung" vorzubeugen.
b) eine panafrikanische Schutztruppe mit zumindest marrokanischer Beteiligung und NATO-Ausrüstung und Nachschub ist bereits in Zaire stationiert. Diese Truppen erlauben den Imperialisten ein flexibleres Vorgehen bei der Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen in diesem Gebiet. Sie halten es gegenwärtig aus zwei Gründen für nicht opportun, sofort eigene Soldaten für längere Zeit in ein Land wie Zaire zu entsenden: Zum einen würde das auf den Protest einiger anderer afrikanischer Staaten stossen, die darin einen "Rückfall" in kolonialistische Verhaltensweisen sähen; zum zweiten sind antimilitaristische Aktionen in jedem NATO-Land denkbar und stellen eine potentielle Gefahr dar.

Beginnen neue Unruhen unter der Bevölkerung Zaires oder gelingt der FLNC ein erneuter Vorstoss, so würde die afrikanische Stosstruppe nur den Keil für die nachrückenden imperialistischen Truppen bilden.
c) Die Rolle der BRD in diesem Prozess ist offenbar nicht gering einzuschätzen. Aus dem Kommentar der 'Zeit' ist zu ersehen, dass ein direktes Eingreifen der BRD im Bereich des Möglichen liegt und lässt ahnen, was zur Zeit hinter den Kullissen im Gange ist:"Für die Bundesrepublik bahnt sich unerwartet eine neue und in ihrer Tragweite noch nicht übersehbare Herausforderung an: Afrika. Die Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung... hat zu Beginn dieser Woche eine präzisere, vielleicht sogar exemplarische Bedeutung für die künftige deutsche Beteiligung am internationalen Krisenmanagement erhalten. Jedenfalls setzt die Bonner Teilnahme an der Konferenz... einen Präzedenzfall.
Bonns Einfädelung ins internationale politische Krisenmanagement signalisiert nun eine neue Qualität unserer Aussenpolitik... die Unschuld des wirtschaftlichen Riesen, der sich als politischer Zwerg verkleidet, ist ein für allemal dahin".('Zeit', 9. 6. 1978)

HUMANITÄRE HILFE

Die Mitte Mai erfolgte Intervention belgischer Fallschirmjäger und französischer Fremdenlegionäre wurde in der bürgerlichen Presse mit wechselnden Argumenten gutgeheissen und begründet. Zunächst hiess es, die Intervention trage ausschliesslich 'humanitären Charakter' und diene dem Zweck der Evakuierung von Weissen. Als die Truppen jedoch länger blieben, als für diesen Zweck nötig, wurde zugegeben, dass der Truppeneinsatz zur Niederschlagung der Rebellion erfolgte. Die Intervention solle die 'Stabilität Zaires' erhalten, sprich: Mobutos Regime sollte gestützt werden. Dessen Machtposition ist so angeschlagen, dass befürchtet wird, Zaire könne bei einem aufkommenden Guerillakrieg zerfallen: Dies hätte für die Imperialisten gewaltige wirtschaftliche und politische Risiken zur Folge.

Das belgische Kapital hat etwa I Milliarde Dollar in Zaire investiert, das französische ca. 2o Millionen. 5o BRD-Firmen besitzen Niederlassungen in Zaire. Der ruhige Fortgang des Geschäfts der Übertragung von Extraprofiten erfordert ein einigermassen ruhiges politisches Klima, deshalb nehmen auch bürgerliche Tintenkulis einen Tyrannen wie Mobuto in Kauf, obwohl sie ihn für 'undemokratisch' halten.

Sie scheuen aber davor zurück, die Intervention allein damit zu rechtfertigen, allzu offen kann man imperialistische Motive ja nicht vertreten, die Kubaner mussten einmal mehr herhalten. Die Intervention sei deshalb legitim gewesen, weil der "sowjetisch-kubanische" Vormarsch gestoppt werden müsse. Diese Begründung war denn auch wochenlang hoch im Kurs der bürgerlichen Medien.

Mittlerweile scheint dieses 'Argument' aber seiner Beweiskraft beraubt: Die FAZ berichtete von "massgebenden liberalen Demokraten im auswärtigen Ausschuss des amerikanischen Senats", die Zweifel an der kubanischen Beteiligung angemeldet hätten. Die vom CIA vorgelegten Beweise für das Engagement der Kubaner seien nicht stichhaltig. Die imperialistischen Interessen müssen jetzt offensiver vertreten werden: Vom Gleichgewichts- und Entspannungsgerede bleibt jetzt nichts mehr übrig. Die 'Süddeutsche Zeitung' brachte es dann auch auf den Begriff: "Trotz neuer Technologien gehören Kupfer und Mangan immer noch zu den strategischen Bodenschätzen, deren wichtigste Vorkommen partout nicht in die Verfügungsgewalt der weltpolitischen Antagonisten (= Gegenspieler, Anm. d. Red.) fallen soll..." Dass mehr hierin als am Humanitären der Anlass für Präsidents Giscards Einsatzbefehl an einen Teil seiner Fremdenlegionärs-Fallschirmjäger zu suchen ist, darf als Tatsache gelten." (SZ, 23. 5. 1978)

(aus spartacus, Nr. 46)

DISKUSSION

Die SOAK zum Nahen Osten:

Die unbeantwortete Frage nach einer Perspektive

"Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich selbst nicht befreien. Es ist deshalb das direkte Interesse der Arbeiterklasse in dem unterdrückenden Land, dass sich das unterdrückte Volk befreit, weil auf diesem Weg auch die Reaktion im eigenen Land besiegt wird. Kriterium des Revolutionärs ist sein Verhalten zu dem vom eigenen Staat Kolonisierten."

(Marx/Engels)

So sehr wir mit den Genossen der SOAK darüber einig sind, dass die bedingungslose und unkritische Unterstützung des arabischen Nationalismus - wie sie von maoistischer Seite betrieben wird - ein Hindernis für die arabischen Arbeiter und für die Dorfarmut darstellt, eigene Klassenorgane zu errichten, die sie befähigen die nationale Bourgeoisie politisch zu bekämpfen und den Kampf gegen den Imperialismus konsequent zu führen, so sehr müssen wir auch ihre Überkorrektur gegenüber dem nationalistischen Opportunismus in dieser Frage kritisieren!

Der durchgehende Gedanke dieses Artikels in der 'Sozialistischen Aktion' (Juni-Ausgabe) ist letztlich der, dass der Nationalismus unterdrückter Nationen gleichzusetzen ist, mit dem Nationalismus ausbeutender (imperialistischer) Nationen. Dieser Fehler scheint im Wesentlichen aus einer nicht geleisteten Klassenanalyse des Staates Israel herzurühren, der in dem betreffenden Artikel im Zusammenhang mit der Bestimmung der sozio-ökonomischen Struktur zwar als kapitalistisch charakterisiert wird ("vom Imperialismus unterstützt"), aber nicht ausdrücklich als imperialistisch, d.h. historisch auf einer qualitativ höheren Stufe stehend, als die ihn umgebenden arabischen Staaten: "Dass die israelische Wirtschaft in starkem Ausmass vom Imperialismus unterstützt wird, ändert nicht die grundlegende Tatsache, dass das israelische sozio-ökonomische System in einer wirklichen (?) und spezifischen (?) Form existiert!"

Kapitalistische Staaten sind in der Epoche des Imperialismus alle jene, die nicht zum Block der deformierten Arbeiterstaaten zu rechnen sind (deren Produktionsformen eben grundsätzlich proletarische sind). Erst die Zuordnung Israels zu den imperialistischen Staaten, kann uns die Absurdität der blossen negativen Einschätzung des arabischen Nationalismus vor Augen führen. Und dass wir es mit einem imperialistischen Staat Israel zu tun haben, darüber kann es keinen Zweifel geben, wenn man sich sowohl die territoriale Expansion, den steigenden Kapitalexport am internationalen Markt, die hoch industrialisierten, wenig arbeitsintensiven Exportprodukte vor Augen führt, sowie die kolonialisierende Rolle gegenüber den besetzten arabischen Gebieten (siehe zu diesem Thema die 'permanente revolution' Nr. 9). Die Industrie Westjordaniens hat sich im Laufe der Besetzungsperiode völlig den wirtschaftlichen Bedürfnissen Israels angeglichen, d.h. Westjordanien produziert nur jene Produkte, die zum einen, nicht in Israel selbst hergestellt werden - Ausschaltung unerwünschter Konkurrenz - und zum anderen, arbeitsintensiv, sprich wenig profitträchtig sind.

Für die SOAK ist es der arabische Nationalismus, der "den israelischen Arbeitern keine Möglichkeit zur Emanzipation gibt, denn der arabische Nationalismus macht keinen Unterschied zwischen Zionismus und israelischem Proletariat. Aus einer historischen Erscheinung, nämlich der aktuellen Identifikation des grössten Teils der israelischen Arbeiter mit der zionistischen Ideologie, macht der arabische Nationalismus eine allgemein gültige Identifikation und ignoriert somit jede klassenmässige Strukturierung Israels nach kapitalistischen Gesichtspunkten".
Der Mörder wird so zum Opfer erklärt, damit der Fetisch der immerwährenden Unantastbarkeit desSelbstbestimmungsrechtes aller Nationen gewahrt bleiben kann. Eine Reihe von politischen Fehlern muss konsequenterweise aus dieser fatalen Annahme resultieren, nach der der Nationalismus unter allen Umständen ein Hindernis für die proletarische Revolution darstellt. So nehmen sich die Genossen jede Möglichkeit, dort anzusetzen, wo die Massen am meisten betroffen sind in ihrem Kampf gegen den Imperialismus, der sich anfänglich nicht anders äussern kann, als nationalistisch. Oder hätten die Genossen der SOAK den kubanischen Militanten mahnend allein das sozialistische Programm vor Augen gehalten, als diese riefen: Kuba ja, Yankees nein! und "Fürs Vaterland oder den Tod"? Diese Losungen waren nationalistische, aber sie bedeuteten für die Massen die Nationalisierung des US-Kapitals in Kuba und Kampf gegen das verottete Militärregime.

Waren die Nationalflaggen der chilenischen Arbeiter, mit denen sie durch die Strassen zogen, ein Hindernis für ihren Kampf gegen den Imperialismus? Wir meinen, dass ihr Kampf für die nationale Befreiung vielmehr einen ausgezeichneten Ansatzpunkt für die Einbringung des revolutionären Programms (Arbeiterkontrolle, Nationalisierung des Grund und Bodens, Arbeiter- und Bauernregierung) dargestellt hat.

Für die Genossen der SOAK scheint sich aus der Tatsache, dass Israel heute als Nation einzuschätzen ist (und dieser Einschätzung schliessen wir uns an) der Schluss abzuleiten, dass es für immer und unter allen Umständen damit ein Recht auf Selbstbestimmung erwirkt hat. Es wird in dem betreffenden Artikel, die sich in diesem Zusammenhang auch aufdrängende Frage gestellt, ob "einer unterdrückenden Nation überhaupt ein Selbstbestimmungsrecht zugesprochen werden kann", die Antwort auf diese Frage reduziert sich aber leider auf eine so unlogische, wie unrealistische Wunschvorstellung: "Wir sprechen hier nicht von einem Selbstbestimmungsrecht für das zionistische Israel, sondern von einem Selbstbestimmungsrecht in einer gesamtarabischen sozialistischen Föderation".

Die Genossen haben den Begriff des Selbstbestimmungsrechts völlig missverstanden! Wie würden sie antworten, wenn im Falle der sozialistischen Revolution im arabischen Raum die israelische Arbeiterklasse für die Aufrechterhaltung des bestehenden jüdischen Staates kämpft und sich im Falle einer militärischen Niederlage Israels auf das Selbstbestimmungsrecht - und dies bedeutet Recht auf Lostrennung(!) auch wenn diese zugunsten der nationalen imperialistischen Bourgeoisie geschieht - beruft? Und das ist genau der 'springende Punkt' in dieser Frage. Kann man der unterdrückenden Nation das Recht gewähren, sich von der sozialistischen Föderation abzusetzen und als imperialistischer Staat weiterzubestehen? Wie sollte man der israelischen Nation vorschreiben, welche Art von Staat sie wiederaufzubauen hätte, wenn Selbstbestimmungsrecht eben auch Recht auf imperialistische Politik - siehe Polen 1917 - bedeutet?

Und wie haben die Genossen die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser beantwortet? "Im Kampf der Palästinenser, wie im Kampf der unterdrückten arabischen Massen muss darauf geachtet werden, dass nationalistische Elemente zugunsten einer sozialistischen Strategie zurückgedrängt werden. . . Es

muss heute darum gehen, den israelischen Arbeitern eine sozialistische Perspektive zu ermöglichen. Weg vom Feindbild der Araber und Palästinenser..." Die Genossen schreiben zwar einige Zeilen weiter oben, dass sich der Zusammenhalt der israelischen Nation durch die "fast permanente Bedrohung der Existenz Israels" ergibt, müssen aber an anderer Stelle die fast völlige Vertreibung eines gesamten Volkes - der Palästinenser - als Tatsache anerkennen und auch den nationalen Charakter dieses Volkes, dessen nationales Bewusstsein, durch die von den Israelis verursachte Diaspora und das Leben in den Lagern, ungeheuerlich gefestigt, ja eigentlich erst definiert wurde.

Angesichts des Unrechtes, das dem palästinensischen Volk widerfahren ist, nimmt sich die Vorstellung der permanenten Bedrohung Israels als blanker Zynismus aus, der ganz im Sinne der zionistischen Propaganda wirkt. Die Palästinenser sind es, der arabische Nationalismus, die den "israelischen Arbeitern die Emanzipation von ihrer eigenen Bourgeoisie so schwer machen"? Sie mögen sich auf "besetzte Gebiete mit arabischer Bevölkerung, arabischer Lebensweise und Kultur beschränken", bis sie zurückkehren - im Rahmen einer sozialistischen Föderation!

Wer einigermassen mit der Geschichte Israels vertraut ist, wird bestätigen müssen, dass dies die wirtschaftlich unterentwickeltsten, unfruchtbarsten Gebiete dieses Raumes sind, die nicht zufällig von arabischer Bevölkerung bewohnt sind. Der Vertriebene, Unterdrückte soll zugunsten der israelischen Bevölkerung, zugunsten des israelischen "Selbstbestimmungsrechts" auf sein eigenes Selbstbestimmungsrecht verzichten! Wenn die Palästinenser eine unterdrückte Nation sind und ihr Kampf damit legitim ist, kann die einzig vertretbare Zielsetzung für Marxisten nur das Selbstbestimmungsrecht für die Unterdrückten sein - und zwar auf Kosten der Unterdrückernation!

Das bedeutet aber keinesfalls den Verlust demokratischer Rechte für eine Minderheit in der sozialistischen Föderation, aber dies bedeutet eben Recht auf kulturelle, sprachliche Autonomie. Die Zusicherung des Rechts auf eigene Sprache, Kultur, Beteiligung an politischen Geschehnissen der Region, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, muss Garant genug sein, um den israelischen Massen die Angst davor zu nehmen, ins Meer getrieben und vernichtet zu werden. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung eines eigenen Staates, der nur auf Kosten der Palästinenser bestehen könnte. Diejenigen Israelis, die ein Leben ohne Unterdrückung der Palästinenser nicht akzeptieren können, werden, wie vor ihnen viele Franzosen, die mehr als hundert Jahre in Algerien gelebt haben, das Land nach der Revolution verlassen müssen.

Die Tatsache, dass es in Israel eine Arbeiterklasse gibt, die von der Bourgeoisie ausgebeutet wird, kann niemals als Rechtfertigung dienen, das Selbstbestimmungsrecht der von diesem Proletariat mit unterdrückten und ausgebeuteten Nation auch nur irgendwie zu beschneiden!
Im Falle Israels ist es eine durchaus denkbare Perspektive, dass das Proletariat durch die besondere Entstehungsgeschichte und die Situation des Landes auch bei einem Aufbrechen und einer Zuspitzung der Klassengegensätze im arabischen Raum, fest zu seiner Bourgeoisie steht, denn die arabische Revolution wird sich zwingend im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Befreiung vom imperialistischen Joch gegen den zionistischen Staat richten. Im Falle der ungebrochenen Einheit zwischen israelischer Bourgeoisie und Arbeiterklasse, kann dies auch die physische Vernichtung grosser Teile des israelischen Proletariats bedeuten, das bei Nichterfüllung seiner historischen Aufgabe von den siegreichen arabischen Massen überrollt werden wird.

Würden wir den Nationalismus der Palästinenser gleichsetzen mit dem Nationalismus der israelischen Arbeiter und von ihnen fordern, sich zu 'mässigen', ihre berechtigten Forderungen zurückzustellen, um den israelischen Massen den 'Beweis' zu erbringen, dass sie vom arabischen Nationalismus nichts zu befürchten haben, kämen wir den KP-Demagogen sehr nahe, die ebenfalls nicht begreifen, dass gerade die palästinensische nationale Frage eine Schlüsselrolle im Klassenkampf der Israelis einnehmen muss, denn solange die israelischen Arbeiter der Idee verhaftet bleiben, dass sie einen jüdischen Staat auf Kosten eines anderen Volkes verteidigen müssen, solange wird ihnen der Weg zum Sturz der 'eigenen' Bourgeoisie versperrt bleiben.

Das allgemeine Recht auf Selbstbestimmung ist keine Regel, die über allen anderen Aspekten des Klassenkampfes als unveräusserliches Recht jeder Nation zu verstehen ist, wie das anscheinend von der SOAK gehandhabt wird. Lenin betont in seiner Schrift "Das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung", dass von Fall zu Fall entschieden werden müsse und zwar immer vom Standpunkt aus, dass alle Ungerechtigkeit, Ungleichheit, alle Privilegien zu beseitigen sind. Lenin sah im Recht, einen eigenen Staat zu bilden, ein Mittel, einen Garant für unterdrückte Nationen, ihre Unterdrückung zu beenden. Wenn nun zwei Nationen dasselbe Territorium beanspruchen, so kann die Frage für uns nur lauten: Welche von den beiden ist die unterdrückte Nation?, ohne deshalb moralisch zu sein, denn dann wäre es ohne Zweifel auch moralisch, überhaupt zwischen Unterdrückern und Unterdrückten zu unterscheiden, wenn daraus keine politischen Konsequenzen resultieren.



Gadaffi - einfach nur ein Reaktionär?

"Da diese nationalen Vorurteile in den rückständigen Ländern erst nach dem Verschwinden des Imperialismus und des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umgestaltung aller Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der zurückgebliebenen Länder verschwinden können, geht das Absterben dieser Vorurteile notwendigerweise nur sehr langsam vor sich. Daraus erwächst dem klassenbewussten, kommunistischen Proletariat aller - insbesondere der imperialistischen Länder - die Pflicht, sich besonders behutsam und besonders aufmerksam zu den überlebenden nationalen Gefühlen in den am längsten unterdrückten Ländern und Völkern zu verhalten, wie auch die Pflicht, gewisse Zugeständnisse zu machen, damit dieses Misstrauen und diese Vorurteile rascher überwunden werden." (Lenin, "Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage", für den 2. Kongress der Komintern I92o)

Lenin betont hier völlig richtig, dass es Kommunisten in erster Linie ein Anliegen sein muss, das Misstrauen der unterdrückten Nation zu überwinden, was gleichbedeutend ist mit der bedingungslosen militärischen Unterstützung ihres Kampfes gegen den Imperialismus, sprich ihres Kampfes um nationale Unabhängigkeit und nationale (wenn auch abhängige) Industrialisierung.

"Klassenkampf statt Nationalismus" ist einer der Untertitel des SOAK-Artikels in dem ihre ganze Unklarheit und ihr Unverständnis der Methode der 'Permanenten Revolution' zum Ausdruck kommt. "Die sozialistische Perspektive" stellt sich als Gegensatz zum Nationalismus der arabischen Massen dar. Sogar Ghaddafis Libyen wird als Sieg der Reaktion präsentiert! Das Zurückdrängen des arabischen Nationalismus ist Voraussetzung für die Zuspitzung des Klassenkampfes? Offenbar ist nach Meinung der SOAK das Zurückdrängen des arabischen Nationalismus auch einer fortschreitenden Industrialisierung des arabischen Raumes förderlich, die wieder nur durch das Zurückdrängen halbfeudaler und feudaler Strukturen ermöglicht wird. Wie das alles vor sich gehen soll, bleibt uns die SOAK allerdings schuldig.

Der Ansatzpunkt ist völlig falsch.
"Der Stalinismus konnte vor allem in diesen Ländern mit der Autorität der Oktoberrevolution im Rücken an Einfluss gewinnen, weil er den Tendenzen der Klassenzusammenarbeit und des Populismus nachgab. Er führte die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse irre und lieferte sie den Bauernmassen aus, welche er mit einem beschränkten nationaldemokratischen Etappen-Programm organisierte."
In der notwendigen Auseinandersetzung mit dieser national-reformistischen Tendenz führte die Gegenreaktion mancher



Israelische Siedler im besetzten arabischen Gebiet

trotzkistischer Gruppen dahin, dass sie die Formierung "des Proletariats zu einer selbständigen Partei in einen derart erbitterten Kampf gegen den Nationalismus der unterdrückten Nation verselbständigten, die Perspektive verzerrten' und dem Nationalismus der unterdrückten Nation nicht ausreichend Rechnung trugen (So eine Warnung Lenins an seine Genossen 1914)". (aus "Trotzki an die Werktätigen des Ostens", 1924)

Vorweggenommen sei, dass es selbstverständlich richtig ist, dass nicht alle nationalistischen Losungen einer unterdrückten Nation unter allen Umständen fortschrittlich sind. Z.B. ist der arabische Nationalismus, der sich gegen die Kurden richtet, die von den Arabern unterdrückt werden, keinesfalls zu unterstützen. Ebenfalls abzulehnen sind nationalistische Losungen, die eng mit der Religion verknüpft werden. In beiden Fällen werden nicht die Interessen der unterdrückten Massen, sondern die, der nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck gebracht.

Doch - es sei nochmals betont - Revolutionäre machen die bedingungslose militärische Unterstützung des nationalen Kampfes gegen den Imperialismus, nicht von richtigen oder falschen Losungen abhängig, die im Lauf des Kampfes geäussert werden und auch nicht vom Charakter der nationalen Führungen - seien diese auch noch so reaktionär.

Mandel z.B. kommt zu dem fehlerhaften Schluss, dass der Nationalismus unterdrückter Nationen, Arbeiter und arme Bauern in ihrem Kampf gegen die nationale Bourgeoisie entwaffnet, weil er davon ausgeht, dass der Kampf gegen nationale Unterdrückung kein antikapitalistischer sei. "Der Kampf gegen die nationale Unterdrückung ist kein antikapitalistischer Kampf. Es ist ein Kampf für eine bürgerlich-demokratische Forderung. Die Existenz des weltkapitalistischen Systems ist kein absolutes Hindernis für Beendigung der nationalen Unterdrückung, unter den Bedingungen des Imperialismus." (Mandel, International Internal Discussion Bulletin, vol. X., Nr. 4, April 1973)

Für Mandel gibt es offensichtlich keinen Unterschied zwischen einer formalen politischen Unabhängigkeit, die fast alle ehemaligen Kolonien heute besitzen und der echten nationalen Befreiung von imperialistischer Unterdrückung. Auf Seite 3o des erwähnten Bulletins können wir weiter lesen: "...es ist nicht notwendig, alle Bindungen mit dem Imperialismus zu brechen, um nationale Unterdrückung zu beseitigen...wo die nationale Unterdrückung beseitigt wurde, bleibt die ökonomische Ausbeutung durch die Imperialisten nicht nur bestehen, sie nimmt zu." Hier wird völlig ausser Acht gelassen, dass die ökonomische Ausbeutung von Seiten der Imperialisten, die nationale Abhängigkeit ja gerade bedingt und die beiden Aspekte der imperialistischen Unterdrükkung immer eine Einheit darstellen. Die vorrangige Frage in den ausgebeuteten Nationen ist für Mandel nicht mehr die Abschüttelung der nationalen Unterdrükkung, sondern die Agrarfrage, die ohne Sturz der nationalen Bourgeoisie nicht zu lösen ist. "Weil die Agrarfrage heute in keinem der semi-kolonialen Länder, die ihre nationale Unabhängigkeit nach dem 2. Weltkrieg erkämpft hatten, gelöst ist, bleibt die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den armen Bauern eine reale Perspektive, trotz der Minderheitsposition des Proletariats." (ebenda, Seite 31)

So wie die nationale Frage formal 'gelöst' wurde, wurde auch die Agrarfrage in einigen der abhängigen Länder (Ägypten) formal 'gelöst'. Wir meinen hingegen, dass die Agrarreform-Programme genauso limitiert sind, wie die formale Unabhängigkeit dieser Staaten. Gerade weil die Agrarfrage in diesen Ländern ungelöst blieb, ist die nationale Frage ungelöst geblieben und umgekehrt (wir weisen hier auf Trotzkis Schriften zur 'Permanenten Revolution' hin).

Wir glauben natürlich nicht, wie Mandel zu bedenken gibt, dass der konsequente Nationalismus zum Kampf um die Diktatur des Proletariats führen muss, doch meinen wir, dass der konsequente Kampf um nationalistische Forderungen (der von der nationalen Bourgeoisie stets sabotiert wird) Teil der sozialistischen Revolution ist und nur unter der politischen Führung der Arbeiterklasse geführt werden kann. Gerade dadurch, dass Revolutionäre konsequente und unerbittliche Vorkämpfer für die nationalistischen und demokratischen Forderungen sind, unterscheiden sie sich innerhalb der nationalistischen Bewegung von den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Elementen. Sie kehren den nationalistischen Forderungen nicht den Rücken, als wären diese zweitrangig und dem Klassenkampf hinderlich.



Bestellungen an:

IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454

In jedem nationalen Kampf kommen die verschiedenen Aspekte des Nationalismus der verschiedenen Klassen zum Vorschein, die jeweils für die spezifischen Ziele dieser Klasse stehen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es verschiedene 'Nationalismen' gibt, die einander entgegengesetzt wirken. Der nationale Befreiungskampf hat vielmehr einen gemeinsamen Bezugspunkt, der durch die ökonomische und politische Gesamtsituation des abhängigen Landes und die daraus zwingend resultierenden Zielsetzungen geprägt ist. Nationalismus ist somit überall fortschrittlich, wo er den Kampf gegen echte nationale Unterdrückung fördert und nationale Aufgaben lösen hilft, die von der bürgerlichen Revolution nicht geleistet wurden und heute in ihrer Gesamtheit nur von der sozialistischen Revolution zu leisten sind.

Nationalismus ist eben keine über den sozialen Kräften stehende, abstrakte, immer gleich wirkende Ideologie, die immer reaktionär ist und bleibt, auch wenn sie heute nicht die Kraft und Unabhängigkeit besitzt, die sie in der amerikanischen und französischen Revolution des 18. Jahrhunderts hatte, als die Bourgeoisie als gesamte noch eine junge, fortschrittliche Klasse war.

Interview mit K.H.Roth 2. TEIL

PR: Das ist aufgrund des Einflusses von 'Sozialistischem Büro' und GIM direkt unmöglich. Das wird wohl nur insoweit gehen, als z.B. auf Grossveranstaltungen diese bürokratischen Manöver von den Genossen aufgedeckt und zurückgedrängt werden und so sich auch die Chance ergibt, die Basis des 'Sozialistischen Büros', die sicher nicht bewusste Wasserträger der Sozialdemokratie ist, oder die Basis der GIM von ihren eigenen Führungen zu lösen.

K.H. Roth: Ja, das ist wiederum die Frage nach den taktischen oder politischen Konsequenzen, und ich weiss nicht, inwieweit wir die diskutieren können. Natürlich ist es ein entscheidendes Problem, wie Du solche Organisationen von ihrer Basis lösen kannst, aber ich halte es für viel wichtiger, über die Basis selbst nachzudenken. Wie kommt eigentlich eine hier genauer zu definierende Basis dazu, solche Politik richtig zu finden oder zumindest überhaupt zu tolerieren? Und da wird es sehr interessant, denn da hast Du beispielsweise das Problem, dass aus den Bewegungen der Neuen Linken seit Ende der 60er Jahre immer wieder Integrationsprozesse in das etablierte kapitalistische Machtsystem stattgefunden haben und stattfinden und dass diese Integrationsprozesse durchaus auch einen objektiven Zwangscharakter haben, der die gesamte Bewegung irgendwo auch trifft. Also, hier können wir nicht nur über eine alte Verratstheorie nachdenken, als ob GIM oder 'Sozialistisches Büro' besonders verräterische Denunzianten einer integren politischen Perspektive wären. Ich glaube, dass solche verrückte Typen und solche skrupellosen, verkommenen Subjekte, wie beispielsweise diese SB-Intellektuellen, dass die eine breite soziale Basis innerhalb der Randszenerie der Neuen Linken haben, und das ist dieser teilintegrierte Lehrer, das ist der teilintegrierte Arzt, das ist dieser teilintegrierte Psychiater, das sind die Leute, die als Akademiker in Mittelklassepositionen eingerückt sind und die jetzt - objektiv zunächst einmal - auf der Seite des Systems stehen, denn ihre Funktion ist, Schüler zu disziplinierten Arbeitern zu erziehen und verrückt gewordene Leute wieder so gesund zu machen, dass sie wieder schuften können. Und da wird das Problem akut und da geht es also, glaube ich, auch in die Tiefe. Unser Problem, glaube ich, besteht mehr darin, die soziale Basis dieser Tendenzen sichtbar zu machen und anzugreifen. Klarzumachen, dass solche Integrationsprozesse nichts mit uns zu tun haben und dass sozusagen ein klarer Forderungskatalog, ein klarer Positionskatalog entwickelt werden muss, von dem aus definiert werden kann, was heute noch ein Genosse ist und was nicht. Es geht also heute darum, durch eine Analyse der sozialen Basis dieser Gruppierungen - dasselbe würde natürlich beispielsweise auch für die Gewerkschaftsbürokratie und für die GIM gelten - ich habe jetzt vor allem über das 'Sozialistische Büro' gesprochen - es geht also darum die soziale Basis zu analysieren um die Transmissionsriemen von Schmidt, Brandt und Bahr und natürlich auch von Vetter und Loderer in die Neue Linke kaputtzumachen. Die Neue Linke muss unlesbar werden für die etablierte kapitalistische Macht, denn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind diejenigen, die die Linke lesen, es sind diejenigen, die die Linke verstehen. Der Staat, die kapitalistische Macht versteht die Linke nicht. Das sieht man an Verfassungsschutzberichten. Die einzigen, die die Linke wirklich begreifen und die deshalb in der Lage sind auch in sie einzudringen und sie zu zersetzen und sie gegeneinander auszuspielen, ihre strategischen Differenzen vertiefen, die einzigen die das Problem der Klasseneinheit und der revolutionären politischen Einheit begriffen haben, im Interesse seiner Zerstörung, das ist immer die Sozialdemokratie und das sind die Gewerkschaften. Das Problem des Bruchs ist akut und es ist umso akuter geworden als natürlich diese Grenzwasserträger des Systems gleichzeitig in einer sehr paradoxen Situation sind. Bei der Vorbereitung des Russell-Tribunals hat ja die Ausklammerung von Stammheim, die Ausklammerung der Isolationshaft eine zentrale Rolle gespielt. Und auch dann müsste sehr ausführlich darüber gesprochen werden, dass diejenigen, die das ausklammern wollten, auch ihre eigenen Resultate ausklammern, denn die Geschichte des westdeutschen Untergrunds seit Anfang der 70er Jahre ist völlig undenkbar ohne die moralische Verworfenheit dieser opportunistischen Gangster. Das heisst also, wenn heute für das Russell-Tribunal bestimmte Probleme der Repression ausgeklammert werden, dann wird nicht nur das Ergebnis einer Repression ausgeklammert wie die Isolationshaft, sondern da wird auch die Vorgeschichte ausgeklammert, die mit den Leuten selbst, die mit den Narr's, Klotz's, Negt's, Altvater's selbst zu tun hat. Die abstrakte Sterilität dieser Leute, die 1968/69, in der Zeit der schärfsten Repression wesentlichen und bestimmenden Einfluss auf die Neue Linke gehabt haben, die hat dazu geführt, dass Alternativen gesucht worden sind, die teilweise nicht in der notwendigen Klarheit ausgewiesen waren. Und die hat zu Verzweiflungsreaktionen geführt. Also, dieser reformistische Intellektuellen-Sumpf, der das Russell-Tribunal kaputtzumachen versucht hat, Auch schon 1968/69 als Wasserträger der Sozialdemokratie funktioniert. Er hat auch schon damals genau mit seinen abstrakten und gleichzeitig integrationistischen, traditionalistischen Analysen, in denen er letzten Endes zu einer kritischen Unterstützung der Sozialdemokratie aufgerufen hat. Er hat diese Verzweiflung produziert. Und er hat eine Situation produziert, wo die gesamte Massenbewegung Ende der 60er Jahre, die unter schärfster Repression und unter schärfstem Zeitdruck gestanden hat, plötzlich ihren Boden verloren hat. Er hat - es wäre lange darüber zu reden, welche Vorgeschichte das hat - er hat theoretische Generalisierungsansprüche gegenüber der Bewegung vertreten, und er hat die Bewegung paralysiert. Die Massenbewegung der späten 60er Jahre war viel kräftiger als diese theoretische Abstraktheit und Dürre. Aber das 'Sozialistische Büro' beispielsweise war eine Initiative, die nach wie vor als politische Organisation bestanden hat und die nach wie vor grossen Einfluss auf den SDS hatte. Und genau an diesem Punkt begann eine Geschichte, wo diese sogenannten Genossen anfangen müssen, wenn sie auch nur ein Minimum von revolutionärem Anstand hätten, sich zu schämen, wo sie rot werden müssten. Weil das, was sie da gemacht haben, nichts war, was sie sozusagen ohne Wissen der Konsequenzen gemacht haben. Und wenn sie heute sich weigern, über die Isolationshaft, über die Vernichtung von Genossen durch den Staat zu sprechen und aufzuklären, dann weigern sie sich vor allem, über sich selbst zu sprechen und über ihre eigene Vorgeschichte, denn sie haben wesentliche Veranwortung mit, wenn auch nicht die einzige, aber sie haben wesentliche Verantwortung mit, dass es zu solcher Situation gekommen ist. Und die ganze Theoriefeindschaft, die ganze Strategiefeindschaft der westdeutschen Neuen Linken, und gerade der integren, der aktivistischen, der wirklich revolutionären, ist eine Reaktion auf diese Verkommenheit. Und die drückt sich im Russell-Tribunal an einem weiteren Beispiel aus; von da her stellt sich also wiederum das Problem für uns in der BRD, wann wir endlich den Bruch schaffen, mit dieser Ecke.

PR: Wie siehst Du jetzt im Zusammenhang mit der Antirepressionsbewegung die Perspektiven? Was sollte Deiner Meinung nach derjenige Teil der Linken der bereit ist, aktiv gegen die Repression, gegen alle Aspekte der Repression zu kämpfen, tun?

K.H. Roth: Ich glaube, dass das Russell-Tribunal, oder die weitere Unterstützung des Russell-Tribunals, der Kampf um die Positionen des Russell-Tribunals, nur eine beschränkte Rolle dabei spielen kann. Wie gesagt, ich halte es nach wie vor für wichtig, dass auf den kommenden Sitzungen des Russell-Tribunals so viel Material wie möglich beigebracht wird, und ich halte es nachwievor für entscheidend, auch jetzt, in der jetzigen Phase, den Kampf gegen diese Grenzträgergruppen der Sozialdemokratie, die das Russell-Tribunal unter Kontrolle zu bringen versucht haben, nachdem ihre grundsätzliche Entscheidung es nicht zu verbieten gefallen war, diesen Kampf fortzusetzen. Aber der Kampf gegen die Repression braucht, verlangt mehr und es gibt ja auch mehr in der BRD. Ich glaube, dass der Kampf gegen die Repression erstens sehr stark konzentriert werden muss auf eine Reorganisation der Gefangenenbewegung, weil, wenn es zutrifft ...

PR: Du meinst die Reorganisation der Gefangenen, der im Knast sitzenden, oder derjenigen, die die im Knast sitzenden betreuen?

K.H. Roth: ...Nein, ich meine es umfassender. Es hat da eine Kampagne für politische Gefangene gegeben, die sich im wesentlichen auf RAF-Gefangene beschränkt hat. Und diese Art von politischer Gefangenenbewegung, die übrigens erst seit 1974 so existiert hat, Ulrike Meinhof

hat es 1973 selbst kritisiert und sie hat die Einheit des Kampfes der Gefangenen, aller Gefangenen verlangt; diese Kampagne hat grosse Schwierigkeiten, grosse Rückschläge mit sich gebracht und es geht heute darum, von diesen Rückschlägen wegzukommen und eine Verbindung gegen das Gefängnis überhaupt als Institution der kapitalistischen Disziplinarmacht mit dem Kampf gegen die Kriminalisierung der Neuen Linken zu erreichen . Das ist das Entscheidende. Also eine Ausweitung des Kampfes auf das Repressionsinstrument par excellence, und das ist das Gefängnis generell, und damit auf alle die im Gefängnis sitzen. Das ist eine Dimension deren Tragweite auch immer mehr begriffen wird. Es gibt neue Ansätze von Gefangenenbewegung in der BRD, Ansätze die immer sehr schnell zerschlagen werden. Nichts ist in der BRD im Augenblick so labil wie die verschiedenen Versuche den Kontakt zu den Gefangenen in den Gefängnissen, im Zentrum des kapitalistischen Disziplinarsystems, zu stabilisieren. Nirgends greift der Staatsschutz so konsequent und so unnachgiebig ein, wie am Punkt der Gefangenenbetreuung, der Gefangeneninitiative usw. und nirgends sind die Rückschläge so gross, aber nirgends, glaube ich, ist auch die Bedeutung einer neuen Initiative in dieser Richtung begriffen worden wie in punkto Gefangenenbewegung, das ist das eine. Das zweite Problem besteht darin, dass eine politische Initiative notwendig ist, um alle aktionsfähigen Gruppen der Linken wie auch immer im Detail ihre politischen Positionen, ihre perspektivischen Vorstellungen der Umwälzung der herrschenden Verhältnisse aussehen mag, um diese Gruppen stärker als bisher auf die gegenwärtig ablaufende Prozesslawine zu beziehen. Es gibt den '2. Juni'-Prozess in Berlin, im Spätsommer, bzw. im Herbst, wird der Prozess gegen den Frankfurter-Gefangenenrat eröffnet werden. Es gibt eine Serie von angeblichen "Terroristenprozessen", es gibt eine Serie von Prozessen gegen Genossinnen und Genossen die "Terroristen" oder "terroristische Vereinigungen" unterstützt haben sollen, es gibt eine Serie von Prozessen gegen die Massendemos von 1976/77, beispielsweise die Brockdorf-Grohnde-Prozesse. Die Bewegungen der westdeutschen Neuen Linken, einschliesslich der politischen Gruppierungen, die sich in ihrem Rahmen etabliert haben und die in ihrem Rahmen leben sind einer breiten und massiven Prozesslawine ausgesetzt. Es wäre notwendig zwischen der Gefangenenbewegung und dieser Bewegung gegen die Klassenjustiz neue Zusammenhänge zu entwickeln, sozusagen ein gestaffeltes Areal des Widerstandes aufzubauen, das dem Areal der Unterdrückung entspricht und das der Methodik der Unterdrückung, auch in ihren kleineren Strukturen, entspricht. Die Methodik der Unterdrückung reicht von der täglichen Denunziation, von der Beschäftigungstherapie durch den Staat, der dich ständig zwingt dich zu irgendwelchen Dingen zu erklären, der dich ständig unter Druck hält, über kleine Prozesse bis hin zu deiner Kriminalisierung, also bis hin zur Gefängnisstrafe und bis hin zur Isolationshaft. Die Isolationshaft ist der letzte Punkt in einer unglaublich intensiven Serie von Diskriminierungen, und gleichzeitig sind alle diese Diskriminierungen, diese gezielten politischen Dis-

„Zielfahndung" in Bulgarien

„FAST BESSER NOCH ALS MIT DEN BAYERN"

Durch "hervorragende Zusammenarbeit" zwischen dem BKA (Bundeskriminalamt) und der bulgarischen Polizei konnten nach "zielstrebiger Fahndungsarbeit" Till Meyer, Gabriele Rollnick, Gudrun Stürmer und Angelika Goder an der Schwarzmeerküste bei Varna festgenommen werden.(H. Herold)

Till Meyer wurde 26 Tage vorher aus der Berliner Haftanstalt Moabit befreit. Sie alle sollen der "Bewegung 2. Juni" angehören. BKA-Chef Horst Herold jubelt. Zwar war es angeblich bloss ein sich in Bulgarien erholender Hauptwachmeister aus Berlin gewesen, der Till Meyer erkannt hatte(?). Alles weitere lief aber wie am Schnürchen ab. Herolds Computer-Kriminalistik beorderte ein Fahnderkommando an die Schwarzmeerküste. Die bulgarische Exekutive erteilte tolerant das Freisignal zur Aktion, ohne sich selbst einzumischen. Am 21. Juni stürzten die deutschen Bullen (der GSG 9?) in das Strandcafe, in dem die Vier sassen, fielen über sie her und zerrten sie in die bereitgestellten Leihwagen. In einem Urlauberbungalow mussten sie stundenlang, auf dem Boden gefesselt, auf den Abtransport in die 'Heimat' warten. Die 'Frankfurter Rundschau' vom 24. 6. berichtet, dass die vier 'Terroristen' schliesslich um Mitternacht mit einem VW-Bus mit deutscher Zollnummer(!) zum Flughafen gebracht, und dort von 30 weiteren deutschen Polizisten(!) in einer Lufthansamaschine in Empfang genommen wurden. Keine Formalitäten, keine Fragen seitens der bulgarischen Behörden - und das, obwohl zwischen der BRD und Bulgarien kein Auslieferungsabkommen existiert!

Der deutsche Polizeistaat erlegt sich keinerlei Hemmungen auf. Deutsche 'Dienste' überall - um 'abzuschirmen', zu beschatten, zu belauschen, zu kidnappen und ein andermal, um zu morden.
Die bulgarischen Stalinisten wiederum reihen sich würdig in die Gepflogenheiten ihrer ostdeutschen Kollegen ein. Sie helfen den militärischen Formationen der BRD bei der Fahndung, öffnen ihnen Tür und Angel zum "real existierenden Sozialismus" und liefern die Genossen und Genossinnen dem deutschen Justizapparat Stammheimer Prägung aus. 'Heilige' imperialistisch-stalinistische Allianz!

Kein Wort über staatliche Souveränität fällt da, über Neutralität und all die Phrasen, die der Bourgeoisie im Konkurrenzkampf opportun und bei der Illusionierung der Arbeiterklasse ein Prinzip sind. Im Kampf gegen den 'Terrorismus' entpuppen sich Kapitalisten und Stalinisten als wahre Internationalisten. Kurt Rebmann (Generalbundesstaatsanwalt der BRD) ist begeistert über die "intensive grenzüberschreitende Observation und Fahndung ... europaweit, und vielleicht auch noch darüber hinaus."

Und ebenso verstummen jene, die ansonsten das Maul nicht vollkriegen können, und denen Österreich nicht 'souverän' und 'neutral' genug sein kann. Eine kurze Notiz am Rande der zweiten Seite über die bulgarischen Ereignisse - nicht einmal wahrheitsgetreu. Das ist die KPÖ und ihre 'Volksstimme'!

Als z. B. der deutsche MAD (Militärischer Abschirmdienst) anfang des Jahres die Leber-Sekretärin Holz bis nach Innsbruck beschattete, entrüstete sie sich: "Einsätze ausländischer Exekutivorgane dürfen in Österreich auf keinen Fall geduldet werden. Die Souveränität und die Neutralität Österreichs dürfen nicht in Frage gestellt werden."('Volksstimme', 16. 2. 1978)
Nun, Bulgarien hatte ausländische Exekutivorgane geduldet. Und verschwunden war die Empörung ob dieser Souveränitätsverletzung, die man Kreisky einst noch so erzürnt entgegengeschleudert hatte. Denn die KPÖ-Solidarität mit den Opfern der Geheimdienste hängt nicht davon ab, ob Teile der Arbeiterbewegung, Liberale, bürgerliche Demokraten von der Reaktion bedroht sind. Ihr Massstab ist die Verletzung der österreichischen Souveränität bzw. jener der 'sozialistischen' Länder. Doch wie man sehen kann, gibt sie diesen Massstab auf, wenn es gilt, einem politischen Gegner die Polizeimeute nachzuhetzen und der Bourgeoisie Liebkind zu sein. Wie immer kämpft sie jedoch dabei - wir wissen es - gegen den Faschismus: gegen die "faschistische" RAF, die "faschistische" 'Bewegung 2. Juni' und morgen gegen "faschistische" Maoisten und Trotzkisten...

kriminierungen eingebettet in die sozialen Diskriminierungen der modernen Unterklassen, des modernen Proletariats, Arbeitslose, sogenannte soziale Randgruppen usw. und natürlich Fabriksarbeiter, in der westdeutschen Gesellschaft. Es käme also darauf an, den Antirepressionskampf auszudifferenzieren und dabei ein vielfältiges Netz von Instrumenten zu entwickeln, in dem dann beispielsweise das Russell-Tribunal oder die Russell-Initiative funktionieren können, gleichzeitig aber die Verbindungen zum sozialen Widerstand zu finden, der zwar atomisiert ist, der informell ist, der sehr stark eingegrenzt ist und unsichtbar ist, der aber trotzdem existiert. Der Antirepressionskampf müsste etwas mit dem alltäglichen Überlebenskampf der Massen in der BRD zu tun haben, er müsste mehr damit zu tun haben als bisher. Und dann glaube ich, würde er auch eine grössere Bedeutung bekommen, würde er grössere Erfolge haben als er sie bisher gehabt hat.

PR: Wie siehst Du da die Chancen bzw. die Notwendigkeit diesen Kampf national zu zentralisieren. Mit Zwischenstufen, regionalen und städtischen Ebenen, um die verschiedenen notwendigen Kampfstufen miteinander zu verbinden und zu koordinieren.

K. H. Roth: Es ist sicher notwendig solche Initiativen ... aber von dieser Erfahrung glaube ich sagen zu können, dass an den regionalen, an den dezentralisierten Teilinitiativen, ich beziehe mich ausschliesslich auf die Gefangenenbewegung als Beispiel, kein Weg vorbeigeht. Es geht kein Weg vorbei an der unmittelbaren Betroffenheit derjenigen, die in einer bestimmten Region, sei es als entlassene Häftlinge, sei es als entlassenen Psychiatrisierte, ihr Engagement, ihre Bitterkeit über das, was ihnen von ihrem eigenen Leben weggenommen worden ist, in Militanz, oder in Organisation von Widerstand umsetzen. Ich glaube, wir haben bisher vielzuwenig begriffen, dass die emotionale Basis des Widerstandes eine ganz entscheidende Triebkraft ist, eine Triebkraft, die viel wesentlicher ist als abstrakte theoretische oder intellektuelle Einsichten, weil sie etwas mit den Erfahrungen der Subjekte selbst zu tun hat. Es ist klar, dass diese individuelle, existentielle Betroffenheit nicht ausreicht. Es ist klar, dass sie in ihrem Kampf, ausgehend von Initiativen gegen ein bestimmtes psychiatrisches Landeskrankenhaus, gegen ein bestimmtes Psychiatrie-KZ, gegen ein bestimmtes besonders berüchtigtes Zuchthaus, dass sie davon ausgehend, Perspektiven braucht. Perspektiven, die die Möglichkeiten aber auch die Schwierigkeiten einer nationalen Gefangenenbewegung beispielsweise in sich enthält, eine Perspektive, die die Gefangenenbewegung verbindet mit der Bewegung gegen die verschärfte Psychiatrisierung von sozial, wie das so schön heisst in der BRD, abweichendem Verhalten, also von Konfliktverhalten. Es ist mir genauso bewusst, dass eine Gefangenenbewegung für sich selbst, begrenzt als autonome Bewegung, nichts bringen kann, keine revolutionäre Perspektive entwickeln kann, dass sie beispielsweise ohne Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und den Frauen, die ja gerade bei proletarischen Gefangenen die eigentlichen Leidtragenden einer Gefangenschaft sind. Die Frauen draussen mit ihren Kindern sind in einer doppelten Gefangenschaft, in einer Abhängigkeit von einem Mann in einem Gefängnis und total und zusätzlich diskriminiert durch die Gesellschaft, weil sie mit einem Kriminellen verheiratet sind. Also alles das braucht eine Entwicklung, die über Teilansätze hinausgeht. Ich glaube aber, dass wir als Revolutionäre nicht darumherumkommen, die revolutionäre Klasseneinheit, den Angriff auf die kapitalistisch staatliche Macht von unten zu denken, von den Initiativen der Massen her zu denken und nicht von theoretischen Modellen, die sozusagen von oben her kommen, die aus irgendeiner abstrakten wie auch immer weitaus entwickelten Analyse kommen. Und, da glaube ich, lässt sich sehr viel gerade am Problem der Repression und des Kampfes gegen die Repression deutlich machen, weil nach meiner Erfahrung diejenigen, die unter den schlimmen Bedingungen des Widerstandes in der BRD arbeiten, die unter den schlimmen Bedingungen Solidarität mit diskriminierten Gefangenen üben, das nur können, wenn sie emotional und als Subjekt absolut von den Inhalten dessen, was sie tun, betroffen sind und wenn sie absolut wissen, dass das, wogegen sie kämpfen, etwas mit ihrer eigenen Befreiung zu tun hat.

PR: Gut, es ist klar, dass ein effektiver Kampf gegen die Repression - ich will das mal so allgemein ausdrücken, weil es ja alle Ebenen betrifft - praktisch nur dann effektiv sein kann, wenn er, wie Du das ausgedrückt hast, von unten her, also ganz elementar von der Basis her getragen ist. Insoweit arbeiten unsere Genossen in der BRD, z. B. in Berlin mit im Agit-Drucker-Komitee, in Frankfurt in der 'Wehrt Euch' -Initiative.

Worum es aber den Genossen in der BRD gegangen ist, war vor allem der Versuch der Zentralisierung in dem Sinn, als dadurch bessere Ausgangsmöglichkeiten, bessere Ausgangsbedingungen geschaffen werden könnten, um der Repression auf allen Ebenen effektiver entgegentreten zu können. Es hat da z. B. die Vorschläge gegeben, erstens einmal für diese unwahrscheinliche Prozesslawine, Geldstrafenverurteilungen, so etwas einzurichten wie einen nationalen Hilfsfonds. Den kann man natürlich sehr regional denken, das ist nicht das Entscheidende daran. Aber damit wird eben versucht, diese Zermürbung, die ja zweifellos stattfindet, wenn Genossen ständig zu Geldstrafen verurteilt werden, bis zu einem gewissen Grad auf dieser Ebene zurückzudrängen. Ein zweiter Punkt war, um die Angriffe bezüglich Paragraph 88a besser in den Griff zu bekommen, gemeinsam vorgehen zu können, z. B. in der BRD für alle Alternativ-Infos, Alternativzeitungen, alle linken Zeitungen, ein gemeinsames Impressum zu machen, wodurch für den Staatsapparat klarwerden muss, dass er, wenn er eine Zeitung kriminalisiert wegen Verstosses gegen den Paragraph 88a, es nicht mit einer Einzelperson zu tun hat, sondern mit der gesamten Anti-Repressions-Bewegung. Damit habe ich jetzt nur einzelne Vorschläge angerissen

Es sind Massnahmen, die sicherlich partieller Natur sind, aber die zweifellos unserer Einschätzung nach relativ wichtige Massnahmen sind, um von vornherein klarzulegen, dass man gewillt ist, solidarisch als linke Bewegung gegen die Repression aufzutreten. Da sind natürlich Basisinitiativen wie Knast-, Frauen-, Stadtteilinitiative, die gerade hinauslaufen, auf Jugendzentren, Häuserbesetzungen usw. ein sehr wichtiger Faktor dabei.

K. H. ROTH: Ja, ich bezweifle nicht, dass vieles von diesen Überlegungen richtig und notwendig ist, und übrigens ist das meiste davon ja genau aus diesen regionalen Teilbewegungen heraus entstanden, beispielsweise die kollektive Herausgabe von verbotenen Büchern, das läuft ja schon seit einiger Zeit, und das sind sehr wichtige und sehr phantasievolle Initiativen. Es ist sicher auch notwendig, eine engere Koordinierung herzustellen, ich glaube, das habe ich auch gesagt. Aber ich bin sehr skeptisch, was den Begriff und den Inhalt "Zentralisierung" betrifft. Genosse, du musst dir über eines klar werden, dass wir, ob wir es wollen oder nicht, uns in der BRD in eine Situation hineinentwickeln, in der - um mit Marx zu sprechen und zwar hat das Marx in Bezug auf Russland im späten 19. Jhdt. gesagt - es relativ uninteressant wird, welche Massen du mit welchen Parolen mobilisierst, weil die Reaktion der etablierten Macht immer die gleiche ist, nämlich die Mobilisierung ihrer Bataillone. Das ist eine sehr bittere Perspektive, aber es ist so, dass die bundesrepublikanische Klassengesellschaft einen Transformationsprozess durchläuft, der darauf hinausläuft, jede ernstgemeinte Alternative gegen ihr strategisches Programm, das ja auch ein weltstrategisches Programm, ein weltwirtschaftliches Programm zur Neuzusammensetzung der Ausbeutungsstrukturen nach dieser Weltwirtschaftskrise im globalen Masstab ist, zu unterdrücken. Und du wirst soviel Erfahrung haben wie ich mit Organisationsproblemen, um dir ausmalen zu können, was es bedeutet, wenn du einen Nationalfonds, beispielsweise für Unterdrückte, einrichtest. D. h. also, wenn du zentrale

LEO
TROTZKI
SCHRIFTEN ZUM IMPERIALISTISCHEN KRIEG



Bestellungen: IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454

Strukturen schaffst, die dann innerhalb kürzester Zeit von der Repression durch eine 2stündige Aktion angehalten werden können. Die grössten Bankräuber sind ja immer die Unterdrücker selbst.

PR: Gut, da gebe ich Dir recht, diese Frage muss man nocheinmal diskutieren...

K.H. ROTH: Ich halte es für undenkbar. Ich bin der Meinung, dass die ganze Stärke der westdeutschen Neuen Linken, bei all ihren Problemen, bei all ihren Schwächen, ihren Fehlern in der Tatsache besteht, dass sie noch existiert, in der Tatsache, dass ein Subjekt wie ich eine 10jährige kontinuierliche Geschichte hat, wie bitter sie auch in einzelnen Phasen sein mag, die uns alle so unterscheidet beispielsweise von Frankreich, von diesen grossen roten Blumen, die einige Wochen blühen und dann geht die gesamte Intelligenz in die neue philosophische Ecke oder in die Konzernetage. Die Tatsache, dass es bei uns eine ganz, ganz harte, kontinuierliche, subversive Geschichte einer Massenbewegung gibt, mit politischen Ideen, politischen Strategien und Kontroversen, diese Tatsache ist ihrer Dezentralisierung geschuldet. Die Repression, so systematisch sie inzwischen in der BRD organisiert sein mag, vermag dieses ungeheuer vielfältige Netz des Widerstandes nicht zu überblicken, es ist für sie in weiten Teilen nach wie vor unlesbar, und diese Unlesbarkeit würde durch eine Zentralisierungsinitiative verschwinden. Es würde also eine Stärkung der Bewegung zumindest in Teilaspekten erreicht werden, ich befürchte aber auch eine Bürokratisierung, aber das wäre ein anderes Problem. Vor allem aber würde die Bewegung dem Staatsschutz präsent. Es gäbe sozusagen eine zentrale Unterstützungsbank, der Staatsschutz braucht nur die zentrale Unterstützungsbank zu infiltrieren oder den managing director dieses Unternehmens zu stellen, oder er braucht es nur zu schliessen, und dann gibt es massive Rückschläge. In der BRD wird die revolutionäre Perspektive gerade aufgrund der erbitterten Feindschaft und der erbitterten und kompromisslosen Angriffsstrategie des Systems, eines sozialdemokratisch verfeinerten Unterdrückungssystems nur dezentral sein und das gilt auch für die revolutionäre Organisation. Es muss möglich werden, nicht nur in Sachen Antirepressionskampf, sondern revolutionärer Perspektive insgesamt, strategische Debatten zentral zu führen. Es muss möglich werden, Koordinierungsprozesse zu erreichen. Es muss auch möglich werden, avantgardistische Positionen innerhalb dieses Netzes zu etablieren, die nicht nur auf eine bestimmte Region beschränkt sind. Alles das muss möglich sein. Aber eines darf nicht passieren: die Zentralisierung der Bewegung in bestimmten Institutionen. Denn wenn meine Analyse stimmt, dass wir in eine historische Situation der nächsten 5 - 10 Jahre uns hineinentwickeln, was ja nicht nur wir selbst bestimmen, sondern was auch etwas zu tun hat mit den Kämpfen in den sogenannten 3 Kontinenten, also mit dem globalen Dimensionskampf, mit der Tatsache, dass der VW-Konzern ja nicht nur mit der sonderbaren Verhaltensweise dieser westdeutschen Arbeiter konfrontiert ist, sondern gleichzeitig die Indios im Amazonasgebiet liquidiert und mit dem Widerstand der Indios im Amazonasgebiet zu tun hat, diese Tatsache kommt hier mit rein, und wenn also meine Analyse stimmt, dass die Bataillone eine sehr gleichförmige Reaktion der herrschenden Macht auf alle möglichen Initiativen darstellen, dann glaube ich, ist die Hoffnung, in irgendeiner Weise, und sei es auch nur halblegal, Institutionen zentralen Charakters schaffen zu können, abwegig. Sie würde in einem Fiasko enden. Das würde dann so werden wie 1933, Genosse, wo die kommende Gestapo, also der Sicherheitsdienst der SS, wo Heydrich schon vor 1933 in den zentralen Institutionen der Kommunistischen Partei Deutschlands ihre Leute hatten. Ich weiss nicht, ob euch das bekannt ist, es wird euch sicher bekannt sein. Der Staatsschutz hatte alle wirklich wichtigen Institutionen des kommunistischen Parteiapparates, beispielsweise den illegalen Wohnungsverteilungsschlüssel der KPD-Zentrale, also des Zentralkomitees in der Hand. Die dritte Garnitur der KPD-Bürokratie war eine Garnitur des Staatsschutzes.

Und ihr beschäftigt euch ja sehr mit der Geschichte marxistisch-leninistischer Organisationen, aber ihr solltet auch diese Seite studieren und ihr solltet einmal einfach eine innere Geschichte der Kommunistischen Partei zwischen 1932 und 1934 lesen, um zu sehen, dass dieses sogenannte Versagen der Partei etwas zu tun hat mit ihrer Unfähigkeit, in der entscheidenden Situation organisiert im Untergrund zu kämpfen. Der Staatsschutz hatte eine klarere Perspektive des Untergrundes als die Kommunistische Partei selbst, und hat konsequenter die Kommunistische Partei unterwandert, als die Kommunistische Partei den Staatsschutz. D.h. also, die Kommunistische Partei ist in dem Augenblick des Bruchs, in dem Augenblick, wo die kapitalistische Macht sich entschieden hat, sie zu illegalisieren, ihrer gesamten Ressourcen beraubt worden, die sie mit den Massen und einem organisierten Massenwiderstand überwunden haben, schlagartig, auf zentraler Ebene. Genosse, und wenn aus der BRD Initiativen zu einer Zentralisierung in der jetzigen Situation kommen, von marxistisch-leninistischen Genossen, die das nicht berücksichtigen, dann würde ich sagen, ist das ein historisches Bewusstseinsdefizit, das dringend revidiert werden muss.

KB-Buch in der BRD beschlagnahmt!

Ein eklatanter Fall von Gesinnungsjustiz und politischer Zensur, ist die Ende Mai erfolgte Beschlagnahmung des Buches "Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD - zügiger Ausbau der neuen GeStaPo", dass in der "Russell-Reihe" erschienen ist und vom J. Reents-Verlag (KB), Hamburg, herausgegeben wurde.

Aus dieser Verfügung entnehmen wir folgende Textstellen:
"Bei der Gesamtschau des Inhalts der Druckschrift entsteht vor den Augen eines unbefangenen aber sorgfältigen Durchschnittslesers ein Bild der Bundesrepublik Deutschland als ein Staat, der allgemeine Missachtung verdient. Immer wieder werden die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland mit denen des nationalsozialistischen Regimes verglichen. Es wird behauptet, in der "Hülle des demokratischen Rechtsstaates" seien deutlicher als je zuvor, die Konturen eines faschistischen Machtapparates erkennbar. Nicht nur der Titel des Buches, sondern zahlreiche Textstellen enthalten die Behauptung, ein neuer faschistischer Staat nach dem Leitbild des nationalsozialistischen Regimes sei im Entstehen begriffen.
(...)

Durch die Wortwahl, durch die Art und Weise der Darstellung, wird das Bild eines Unrechtstaates vorgegaukelt. Die Sicherheitsorgane werden mit Killerkommandos faschistischer Diktaturen gleichgesetzt. Es wird behauptet, -"die westdeutsche Bourgeoisie" verfüge faktisch über eine GeStaPo, nächstes Ziel sei die Legitimierung dieser Praxis nach Nazivorbild,
- es würden politische Gegner von Polizeiorganen liquidiert und standrechtlich exekutiert,
- bald sollten westdeutsche staatliche Mordkommandos rund um den Erdball Jagd auf Terroristen machen. Deren Exekution sei Bestandteil der Planung.

Die in der Druckschrift niedergelegten Äusserungen enthalten den Vorwurf eines schimpflichen Verhaltens und Zustands. Wegen der Masslosigkeit und ihrer übersteigerten Ausdrucksweise sind die Äusserungen besonders verletzend und damit als Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland anzusehen."

Der KB ist jene Organisation in der BRD, die willens und in der Lage ist (von seiner organisatorischen Stärke her), umfangreich über die einzelnen Massnahmen und Gesetze des BRD-Polizeistaates zu berichten und Bücher, wie das nun beschlagnahmte, herzustellen, die ohne Zweifel einen grossen Wert für alle die am Kampf gegen die politische Unterdrückung arbeiten, haben.

Das wir einzelnen Schlussfolgerungen, die die Genossen ziehen, nicht zustimmen können, steht hier nicht zur Debatte. Dem Polizeiapparat der BRD ging es auch nicht um jene Schlussfolgerungen, sondern darum, zu verhindern, dass ein umfangreiches Dokumentationsmaterial, mit dem die innere Aufrüstung und der Polizeiterror belegt wird, öffentlich vertrieben wird!

ergebnisse u. perspektiven

nr. 5 august 1978 preis: dm 3.- ös 20.-
theoretisches organ von spartacusbund (brd)
internationale kommunistische liga (österreich)

1945 bis 1978: repression in west-deutschland



resolution zur betriebs- und gewerkschafts-arbeit

fusion IKL/ spartakusbund

niedergangsepoche des kapitalismus und akkumulation des kapitals

für den wiederaufbau der IV. internationale!